

Im Blickpunkt: Der Mensch

Ausgabe 1985

Statistisches Bundesamt
Verlag W. Kohlhammer

Herausgeber:
Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 6200 Wiesbaden

Auslieferung:
Verlag W. Kohlhammer GmbH — Abteilung Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, Philipp-Reis-Straße 3, 6500 Mainz 42

Erscheinungsfolge: unregelmäßig — erschienen im April 1985

Preis: DM 6,50

Bestellnummer: 1040200 — 85900
ISBN 3 — 17 — 003299 — 2

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe unter Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Vorwort

Das Statistische Bundesamt legt hiermit zum dritten Mal die Broschüre „Im Blickpunkt: Der Mensch“ vor, in der ausgewählte Daten aus den verschiedenen Arbeitsbereichen der amtlichen Statistik zusammengestellt sind. Sie wendet sich an alle, die in leicht verständlicher Form Angaben über die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland suchen. Informationen in tieferer fachlicher, zeitlicher und regionaler Gliederung finden sich in den zahlreichen Fachveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, über die das Veröffentlichungsverzeichnis informiert. Es wird Interessenten gern kostenlos zugesandt.

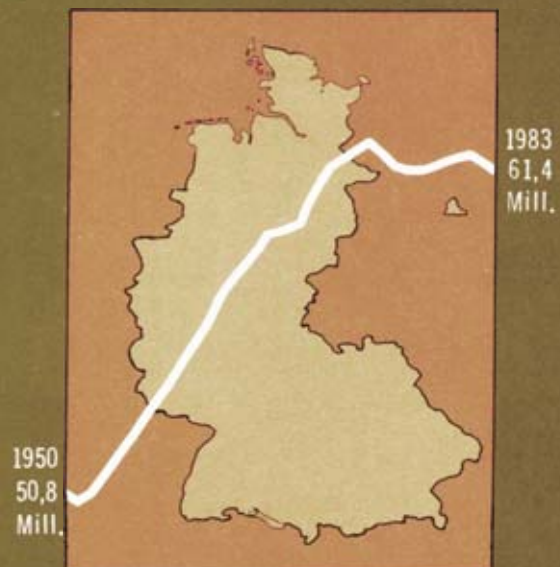
Inhalt

Zunächst einige Angaben über Staat und Bevölkerung	7
Im Blickpunkt: Der Mensch ...	
... als Staatsbürger	17
... in der Familie	23
... in der Ausbildung	29
... im Erwerbsleben	35
... und sein Lebensunterhalt	43
... als Verbraucher und Sparer	49
... in seiner Freizeit	55
... und seine Wohnung	63
... und seine Gesundheit	69
... und seine Umwelt	77

Im Blickpunkt: Der Mensch . . .

Zunächst einige Angaben über Staat und Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung seit 1950



Zunächst einige Angaben über Staat und Bevölkerung

Staatsgebiet

Mit einer Fläche von 248 706 km² steht die Bundesrepublik Deutschland unter den Staaten Europas (einschließlich Türkei) an elfter Stelle. Die Entfernung vom nördlichsten zum südlichsten Punkt beträgt 876 km und die längste Distanz zwischen Westen und Osten 627 km. Gemeinsame Grenzen bestehen mit Dänemark (67 km), den Niederlanden (576 km), Belgien (155 km), Luxemburg (139 km), Frankreich (446 km), der Schweiz (334 km), Österreich (784 km), der Tschechoslowakei (356 km) und der Deutschen Demokratischen Republik (1 378 km).

Verwaltungsmäßig gliedert sich die Bundesrepublik in elf Länder sowie 26 Regierungsbezirke, die nach dem Stand vom 1. 1. 1985 328 kreisfreie Städte bzw. Landkreise und rd. 8500 Gemeinden umfaßten. Durch die Gebietsreform ist die Zahl der Gemeinden, die Mitte 1968 noch bei rd. 24 300 lag, inzwischen auf ein Drittel zurückgegangen. Während es damals noch 16 500 Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern gab, hat sich diese Zahl bis 1983 auf knapp 3 100 vermindert.

Die Bevölkerungszahl ist rückläufig

In der Bundesrepublik Deutschland lebten Anfang 1984 61,3 Mill. Menschen, darunter 4,5 Mill. (7,4 Prozent) mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Einwohnerzahl hatte Ende 1973 mit 62,1 Mill. ihren bisherigen Höchststand erreicht, der um 12 Mill. über dem Vergleichswert für 1950 lag. Dieser Zuwachs war bis 1971 zum Teil auf den Geburtenüberschuß zurückzuführen. Vornehmlich war er jedoch das Ergebnis von Zuwanderungen.

Geschlechts- und Altersgliederung

Ende 1983 hatte die Bundesrepublik Deutschland 29,3 Mill. (48 %) männliche und 32,0 Mill. (52 %) weibliche Einwohner. Damit kamen auf 1 000 Männer 1 092 Frauen. Im Vergleich zu 1950, als 1 000 Männer noch 1 151 Frauen gegenüberstanden, hat sich das Zahlenverhältnis der Geschlechter immer mehr angeglichen.

Wie die „Bevölkerungspyramide“ veranschaulicht, beschränkt sich der Frauen-

Bundesrepublik Deutschland

Länder und Regierungsbezirke
Gebietsstand 31.12.1984



Statistisches Bundesamt 84 0958

Überschuß auf die Jahrgänge ab 1927 und älter, während in den jüngeren Altersgruppen der männliche Bevölkerungsanteil leicht überwiegt. Gleichzeitig wird deutlich, daß sich im Bevölkerungsaufbau von heute immer noch die beiden Weltkriege und ihre Folgen auswirken.

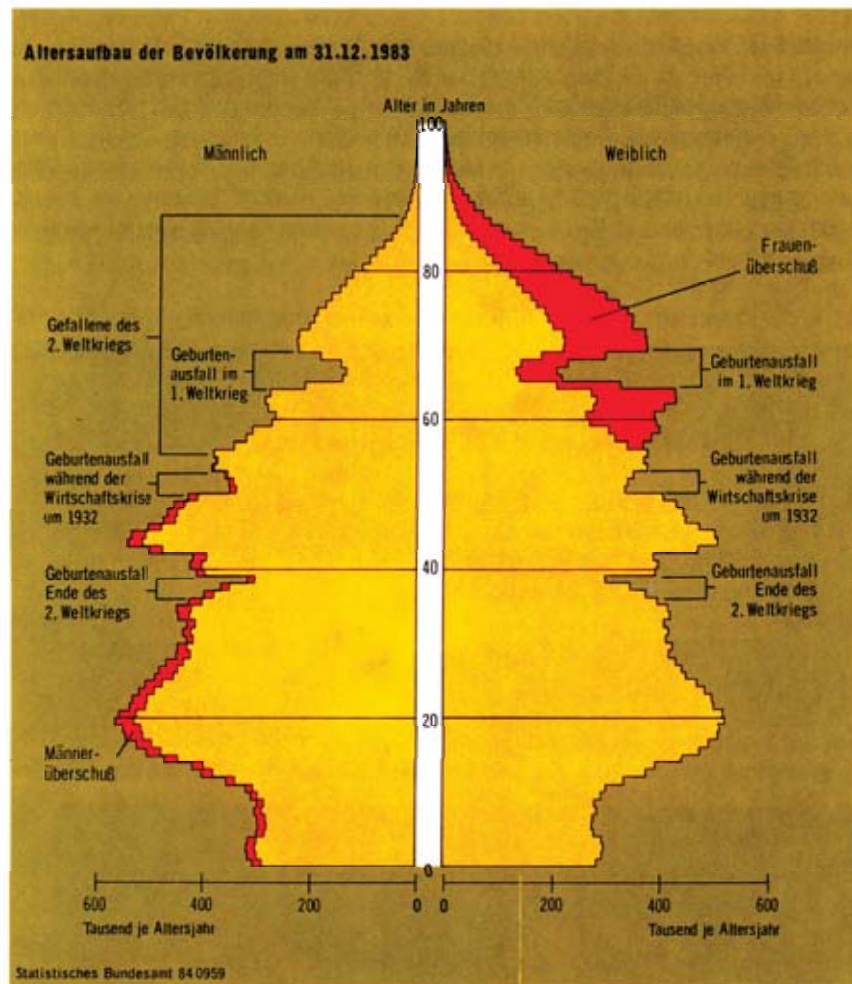
Von besonderer bevölkerungspolitischer Tragweite sind die Veränderungen in der Altersstruktur. Etwas stärker als in vergleichbaren Industrieländern wächst in der Bundesrepublik Deutschland der Anteil der älteren Menschen, während die jüngeren Jahrgänge zunehmend geringer besetzt sind. 1983 waren 5,8 % der Bevölkerung jünger als 6 Jahre (1961: 9,4 %). Der Anteil der 65jährigen und älteren hat sich dagegen von 11,1 % im Jahr 1961 auf 14,6 % im Jahr 1983 erhöht.

Bundesländer nach Fläche und Einwohnern				
Bundesländer	Regierungssitz	Fläche	Einwohner am 1. Januar 1984	
		1 000 km ²	1 000	je km ²
Schleswig-Holstein	Kiel	15,7	2 616,6	166
Hamburg	Hamburg	0,8	1 609,5	2 133
Niedersachsen	Hannover	47,4	7 248,5	153
Bremen	Bremen	0,4	676,9	1 675
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	16 836,5	494
Hessen	Wiesbaden	21,1	5 565,0	264
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,8	3 633,5	183
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	9 243,3	259
Bayern	München	70,6	10 969,5	155
Saarland	Saarbrücken	2,6	1 052,8	409
Berlin (West)	Berlin (West)	0,5	1 854,5	3 863
Bundesgebiet	Bonn	248,7	61 306,7	247

Bevölkerungsentwicklung				
Jahresende	Bevölkerung		darunter Ausländer	
	insgesamt Mill.	dar. männlich %	insgesamt Mill.	dar. männlich %
1950	50,8	46,7	0,5 ¹⁾	
1960	56,2 ²⁾	47,0	0,7 ²⁾	68,9
1970	61,0	47,6	2,6	62,8
1980	61,7	47,8	4,5	58,8
1981	61,7	47,8	4,6	58,5
1982	61,6	47,8	4,7	58,0
1983	61,3	47,8	4,5	57,5

¹⁾ 1951.

²⁾ 1961.



Familienstand

Im Jahr 1983 waren ein Drittel der männlichen und knapp ein Viertel der weiblichen Bevölkerung im Alter über 15 Jahren ledig. Bei den Männern ist dieser Anteil bis zum Alter von 50 Jahren durchweg höher als bei den Frauen. Erst in den höheren Altersjahrgängen gibt es relativ mehr ledige Frauen als Männer. Unter den 15- bis 30jährigen ist der Anteil der Ledigen sowohl bei den Männern (1961:

71,6 %, 1983: 81,5 %) als auch bei den Frauen (1961: 56,1 %, 1983: 66,9 %) im langfristigen Vergleich deutlich gestiegen.

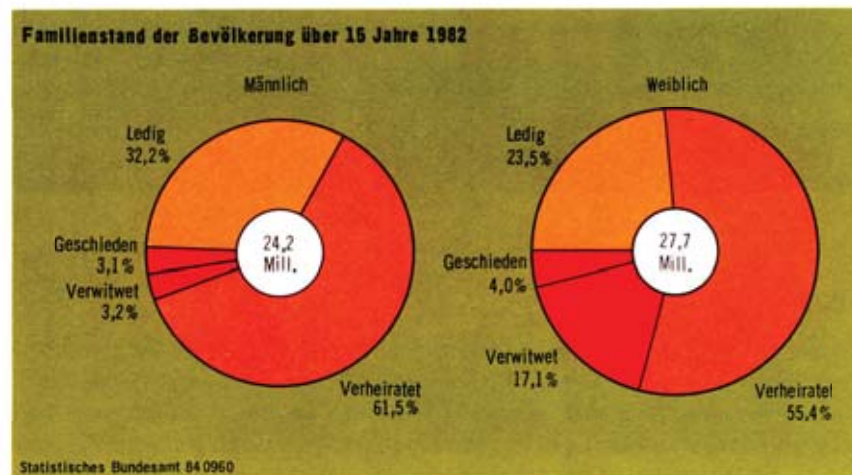
Der überwiegende Teil der Bevölkerung über 15 Jahre ist verheiratet. 1983 gab es in der Bundesrepublik Deutschland etwa 15 Millionen Ehepaare. Die höchsten Anteile der Verheirateten waren bei Männern in der Altersklasse zwischen 55 bis unter 65 Jahren (1983: 89,2 %) und bei Frauen zwischen 40 bis unter 50 Jahren (1983: 84,3 %) zu finden. Bei den über 75jährigen waren noch 63,5 % der Männer, aber nur 16,0 % der Frauen verheiratet.

3,2 % der männlichen und 17,0 % der weiblichen Bevölkerung über 15 Jahre waren 1983 verwitwet. Dabei überstieg die Zahl der Witwen (4,6 Mill.) die der Witwer (800 000) um etwa das Sechsfache. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Männer eine niedrigere Lebenserwartung haben als Frauen und zudem nach dem Tod ihrer Ehefrau eher bereit sind, sich wieder zu verheiraten.

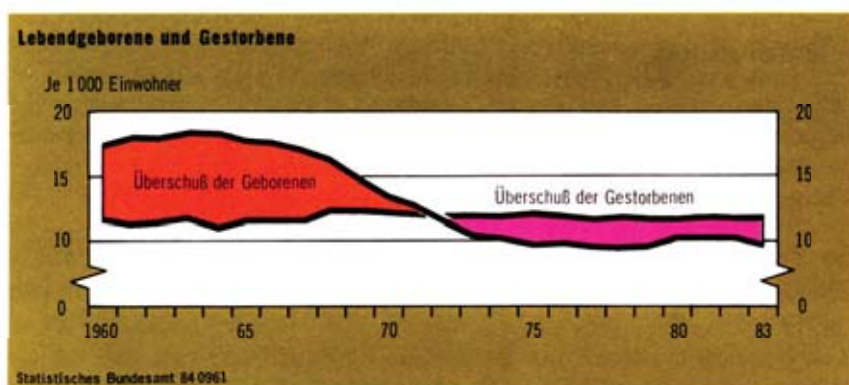
Der Anteil der Geschiedenen an der Bevölkerung über 15 Jahre ist von 1961 bis 1983 von 2,0 % auf 3,7 % gestiegen. In der Altersgruppe der 30- bis 50jährigen ist sowohl der Anteil der geschiedenen Männer (5,6 %) als auch der Prozentsatz der geschiedenen Frauen (6,3 %) am höchsten.

Geburten und Sterbefälle

Seit 1972 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr, d. h. die Zahl der Gestorbenen ist größer als die Zahl der



Geborenen. Die Geburtenzahl hatte im Jahr 1964 mit 1,065 Millionen oder 18,2 je 1 000 Einwohner ihren höchsten Stand erreicht. Sie ging bis 1978 auf 576 000 (9,4 je 1 000 Einwohner) zurück. Bis 1981 kamen vorübergehend wieder mehr Kinder zur Welt (625 000 Lebendgeborene oder 10,1 je 1 000 Einwohner). 1983 wurden 594 000 Geburten registriert. Damit haben sich Erwartungen nicht erfüllt, daß die Geburtenzahl durch das Aufrücken stärkerer Jahrgänge ins Heiratsalter nachhaltig steigen würde. Im internationalen Vergleich liegt die Bundesrepublik Deutschland mit einer Geburtenziffer von 9,7 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner mit Dänemark, Italien, Schweden und der Schweiz an letzter Stelle.



Geborene und Gestorbene					
Jahr	Lebendgeborene		„Zusammengefaßte Geburtenziffer“ ¹⁾		Gestorbene ²⁾
	ins-gesamt	Aus-länder	ins-gesamt	Auslän-derinnen	ins-gesamt
	1 000		je 1 000 Frauen		1 000
1950	813	-	2 100	-	529
1960	969	11	2 366	-	643
1970	811	63	2 016	-	735
1975	601	96	1 451	2 643	749
1980	621	81	1 445	2 384	714
1981	625	80	1 435	2 278	722
1982	621	73	1 407	2 082	716
1983	594	61	1 331	1 539	718

¹⁾ Von 1 000 Frauen im Durchschnitt lebend geborene Kinder.
²⁾ Ohne Totgeborene.

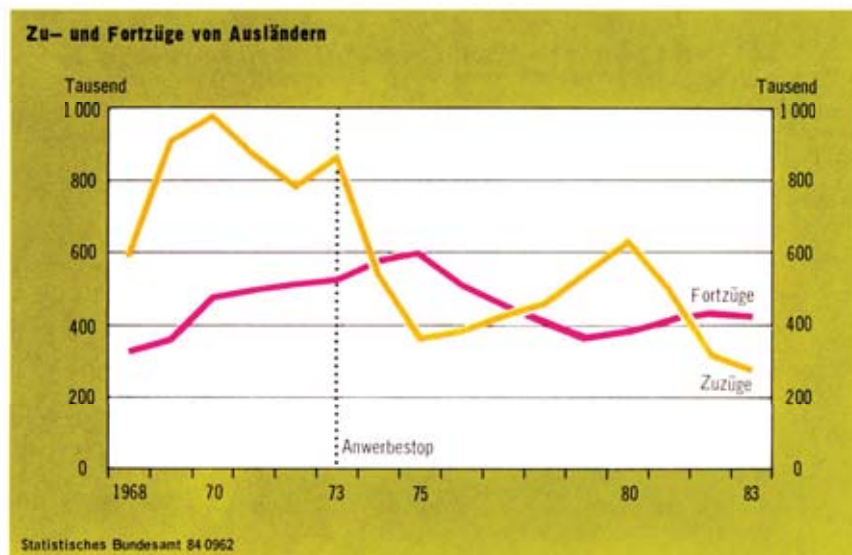
Von größerer Aussagekraft ist die sog. „Zusammengefaßte Geburtenziffer“. Sie gibt an, wieviel Kinder von 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens im Durchschnitt zur Welt gebracht werden. Während diese Ziffer 1964 mit 2 543 ihren höchsten Stand hatte, ist sie bis 1983 auf 1 331 gesunken.

Die zur Erhaltung des Bevölkerungsbestandes auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2 100 Kindern je 1 000 Frauen wird damit um ein Drittel unterschritten. Das Geburtendefizit wird auch durch die Neugeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nicht ausgeglichen, zumal deren Zahl inzwischen ebenfalls deutlich sinkt.

Wanderungen

Neben den Veränderungen in der Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit wirken sich auch die Zu- und Abwanderungen auf die Bevölkerungszahl aus. Von dem Bevölkerungszuwachs zwischen 1950 und 1981 waren 40 Prozent auf den Geburtenüberschuß und 60 Prozent auf den Wanderungsgewinn zurückzuführen.

Bis Anfang der 60er Jahre wuchs die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland hauptsächlich durch die Aufnahme der Vertriebenen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und den deutschen Siedlungsgebieten im



Ausland sowie durch den Zuwanderungsstrom aus der Deutschen Demokratischen Republik. 1950 gab es im Bundesgebiet rd. 8 Mill. Vertriebene, das entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 16 %. Aus der DDR kamen bis 1961 — einschließlich der nach der Flucht geborenen Kinder — 3,1 Mill. oder 5,5 % der Bevölkerung des Bundesgebietes. Die Zahl der Spätaussiedler belief sich von 1971 bis 1984 auf rd. 580 000.

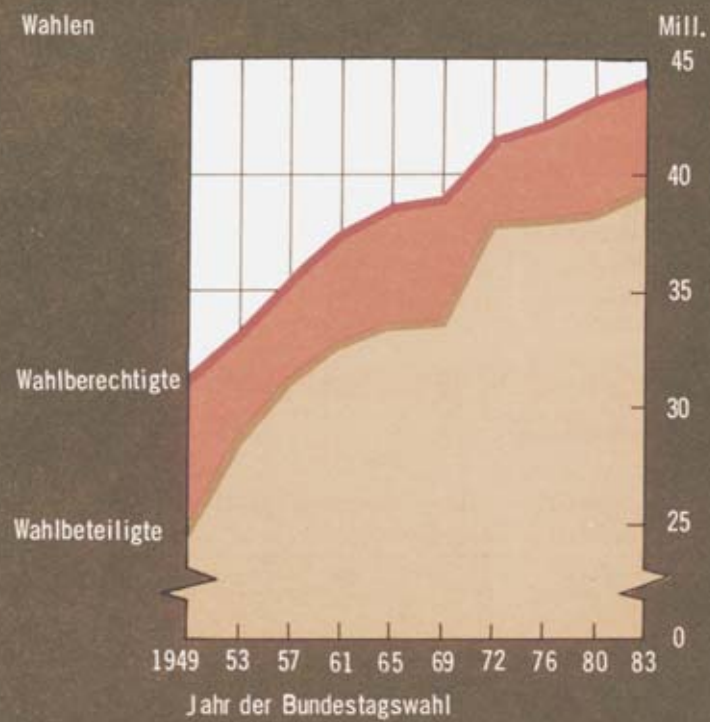
Seit Mitte der sechziger Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland entscheidend durch die Zu- und Abwanderung von Ausländern beeinflusst. Die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften führte dazu, daß ihre Zahl von annähernd 690 000 im Jahr 1961 auf rund 4 Mill. im Jahr 1974 stieg. Nach einem vorübergehenden Absinken in den Jahren 1975 bis 1978 nahm die Ausländerzahl weiter zu und erreichte 1982 einen neuen Höchststand von 4,7 Mill. Seither gibt es mehr Rückwanderungen als Zuzüge. Dies führte dazu, daß sich die Zahl der Ausländer bis Ende 1983 auf 4,5 Mill. verminderte.

Bevölkerungsvorausschätzung

Die längerfristige Bevölkerungsentwicklung läßt sich nur unter Vorbehalt anhand von Modellrechnungen mit Annahmen über die voraussichtliche Entwicklung der Geburten und Sterbefälle abschätzen. Alle Bevölkerungsprognosen weisen für die deutsche Bevölkerung eine rückläufige Bevölkerungszahl aus. Unterstellt man eine weitgehende Konstanz der Sterblichkeit und Fortdauer der Geburtenhäufigkeit des Jahres 1978 — Annahmen, wie sie beispielsweise einer im Auftrag der Bundesregierung vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Modellrechnung¹⁾ aus dem Jahr 1980 zugrunde liegen —, so werden im Jahr 2000 etwa 52 Mill. Deutsche in der Bundesrepublik leben. Wenn man diese Alternative bis ins Jahr 2030 durchspielt, ergibt sich rein rechnerisch zu diesem Zeitpunkt eine Bevölkerungszahl von 38 Mill. Ein Viertel der Deutschen wäre nach dieser Modellrechnung im Jahr 2030 älter als 64 Jahre. Noch unsicherer werden die Ergebnisse, wenn man die Ausländer einbezieht.

¹⁾ „Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland“, 1. Teil, Bundestagsdrucksache 8/4437 vom 8. 8. 1980, 2. Teil, Bundestagsdrucksache 10/863 vom 5. 1. 1984.

Im Blickpunkt: Der Mensch als Staatsbürger



... als Staatsbürger

Wahlbeteiligung

In der parlamentarischen Demokratie kann der Bürger über das aktive und passive Wahlrecht Einfluß auf die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen auf den verschiedenen Ebenen nehmen. Im Vergleich zu den Kommunal- und Landtagswahlen sowie zur Europa-Wahl ist das Interesse an den Bundestagswahlen am größten. An der Wahl zum 10. Deutschen Bundestag im März 1983 beteiligten sich 89,1 % der insgesamt rd. 44 Mill. Wahlberechtigten. Die bisher höchste Wahlbeteiligung von 91,1 % wurde bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 1972 festgestellt.

Frauen gehen weniger häufig zur Wahl als Männer. Im längerfristigen Vergleich haben sich die Unterschiede allerdings verringert. Während bei der Bundestagswahl 1957 die Wahlbeteiligung der Frauen noch 3,3 Prozentpunkte niedriger lag als bei den Männern, betrug die Differenz 1983 nur noch 1,3 Prozentpunkte.

Stärker ausgeprägt sind die altersspezifischen Abweichungen. Die niedrigste Wahlbeteiligung wird bei den jungen Wählern unter 30 Jahren festgestellt. In der Altersgruppe der 40- bis 60jährigen ist sie am höchsten.

Bundestagswahlen ¹⁾				
Wahl	Wahlberechtigte	insgesamt	Wahlbeteiligung Frauen	Alter unter 30 Jahren
	1 000	%		
1949 ²⁾	31 208	78,5		
1953 ²⁾	33 121	86,0	84,9	80,3 ³⁾
1957	35 401	87,8	86,3	82,9
1961	37 441	87,7	86,2	81,9
1965	38 510	86,8	84,6	79,8
1969	38 677	86,7	84,9	79,6
1972	41 446	91,1	90,2	85,9
1976	42 058	90,7	90,0	84,7
1980	43 232	88,6	87,1	80,6
1983	44 089	89,1	87,8	83,1

¹⁾ Im Bundesgebiet ohne Berlin (West).

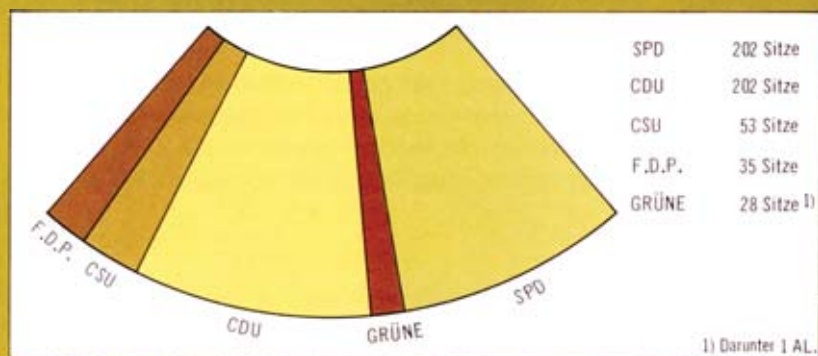
²⁾ Ohne Saarland.

³⁾ Ohne Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland.

Parlament

Dem im März 1983 gewählten 10. Deutschen Bundestag gehören 520 Abgeordnete an, darunter 22 Abgeordnete aus Berlin (West) mit beratender Stimme. Nur 9,8 % der Abgeordneten sind Frauen, obwohl Frauen über die Hälfte der Wahlberechtigten ausmachen. Das Durchschnittsalter der Parlamentarier lag zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1983 bei 48,2 Jahren. Unter den Abgeordneten sind die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes mit rd. 40 % überdurchschnittlich stark vertreten; ebenso die leitenden Angestellten der Wirtschaft mit 13 % sowie die Selbständigen und Freien Berufe, die zusammen 30 % der Mandate innehaben. Die Arbeiter sind dagegen mit nur 4 % deutlich unterrepräsentiert¹⁾.

Sitzverteilung nach der Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6.3.1983



Statistisches Bundesamt 84 0963

Parteien²⁾

In der Bundesrepublik Deutschland haben etwa 2 Mill. Bürger das Mitgliedsbuch einer Partei. Das sind etwa 5 % der wahlberechtigten Bevölkerung.

Die folgenden Mitgliederzahlen der Parteien wurden im Sommer/Frühherbst 1984 registriert. Mitgliederstärkste Partei ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) mit rd. 920 000 Mitgliedern. Darunter waren 24,5 % Frauen. Der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) gehören rd. 736 000 Mitglieder (22 % Frauen) an. Ihre bayerische Schwesterpartei, die Christlich Soziale

¹⁾ Deutscher Bundestag.

²⁾ Angaben der betreffenden Parteien.

Union (CSU), zählt eine Mitgliedschaft von rd. 186 000 (Frauenanteil 14 %). Die Freie Demokratische Partei (F.D.P.) hat rd. 73 000 Parteimitglieder, darunter 25 % weiblichen Geschlechts. Die Mitgliederzahl der GRÜNEN liegt bei rd. 32 000 mit etwa 30 % Frauen.

Gewerkschaften

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland zählten 1983 über 9 Mill. Mitglieder. Die mit Abstand größte Arbeitnehmerorganisation ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit 7,7 Mill. Mitgliedern Ende 1983. Davon waren zwei Drittel Arbeiter (1960: 81 %), 22 % Angestellte (1960: 11 %) und 11 % Beamte (1960: 8 %). Der Anteil der Frauen ist von 17 % im Jahr 1960 auf 21 % Ende 1983 gestiegen. Unter den Einzelgewerkschaften des DGB sind die IG Metall mit 2,5 Mill. und die ÖTV mit 1,2 Mill. die mitgliederstärksten Organisationen.

Der Deutsche Beamtenbund hatte 1983 gut 800 000 Mitglieder, darunter 26 % Frauen. In der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) war fast eine halbe Million Arbeitnehmer organisiert; hier lag der Frauenanteil bei 40 % (1960: 35 %). Dem Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) gehörten zuletzt rd. 300 000 Mitglieder an.

Mitglieder ausgewählter Arbeitnehmerorganisationen¹⁾ in 1 000

Arbeitnehmerorganisationen	1960	1970	1983
Deutscher Gewerkschaftsbund	6 379	6 713	7 746 ²⁾
Deutsche Angestelltengewerkschaft	450	461	497 ²⁾
Deutscher Beamtenbund	650	721	801 ²⁾
Christlicher Gewerkschaftsbund	200	-	300 ²⁾

¹⁾ Angaben der betreffenden Organisationen.

²⁾ 31. 12.

³⁾ 30. 9.

Religionsgemeinschaften

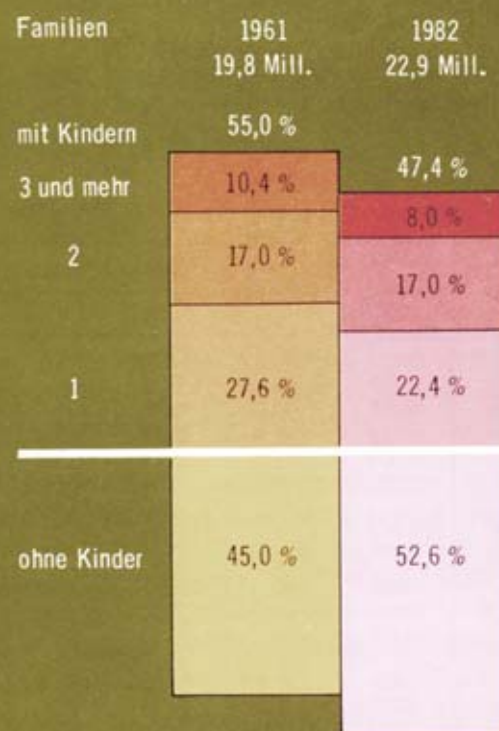
Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland gehört ganz überwiegend den christlichen Kirchen an, und zwar zu ungefähr gleichen Teilen der katholischen und der evangelischen Glaubensrichtung. Die Zahl der Katholiken lag Ende 1982 bei 26,6 Mill., das entspricht einem Anteil von 43 % an der gesamten Bevölkerung.

Er ist seit der Volkszählung von 1950 ziemlich konstant geblieben. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) umfaßte 1982 rd. 25,7 Mill. Mitglieder. Dies bedeutet einen Rückgang des Anteils an der Gesamtbevölkerung von 52 % im Jahr 1950 auf 42 % im Jahr 1982.

Die Anzahl der in der Bundesrepublik lebenden Juden liegt heute bei etwa 30 000. Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren im Deutschen Reich 1933 etwa 503 000 Juden ansässig.

Durch den Zuzug von ausländischen Arbeitnehmern haben Religionsgemeinschaften an Bedeutung gewonnen, die früher kaum in Deutschland vertreten waren; so zum Beispiel der Islam, der gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1,5 Mill. Anhänger hat, sowie die griechisch-orthodoxe Kirche.

Im Blickpunkt: Der Mensch in der Familie



... in der Familie

Die Familien werden kleiner

Die Großfamilie, in der drei und mehr Generationen unter einem Dach zusammenleben und einen gemeinsamen Haushalt führen, ist heute die Ausnahme. 1982 gab es in der Bundesrepublik Deutschland nur noch rund 500 000 Haushalte, in denen Großeltern, Eltern und Kinder zusammenwohnten. Ihre Zahl ist innerhalb von nur 10 Jahren um mehr als ein Drittel zurückgegangen.

Vorherrschend ist heutzutage die 2-Generationen-Familie, d. h. die Lebensgemeinschaft von verheiratet zusammenlebenden Eltern mit ihren ledigen Kindern. Diesem gängigen Bild entsprachen 1982 9,2 Mill. Familien, 79 % von ihnen hatten Kinder unter 18 Jahren.

5,9 Mill. Familien bestanden nur aus Ehepaaren, die keine Kinder hatten oder deren Kinder das Elternhaus schon verlassen und einen eigenen Hausstand gegründet hatten. Ihre Anzahl ist von 1961 bis 1982 um 28 % gestiegen.

Familien nach ihrer Zusammensetzung

Familienzusammensetzung	6.6.1961 ¹⁾		27.5.1970 ¹⁾		April 1982 ²⁾	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Ehepaare	13 493	68,0	14 632	69,0	15 117	66,1
ohne Kinder	4 622	23,3	5 256	24,8	5 924	25,9
mit Kindern	8 871	44,7	9 376	44,2	9 193	40,2
Alleinstehende	6 352	32,0	6 587	31,0	7 765	33,9
ohne Kinder	4 302	21,7	5 025	23,7	6 107	26,7
mit Kindern	2 050	10,3	1 562	7,4	1 658	7,2
davon mit:						
alleinstehender Mutter	1 843	9,3	1 332	6,3	1 388	6,1
alleinstehendem Vater	206	1,0	231	1,1	270	1,2
Familien insgesamt	19 845	100	21 219	100	22 882	100
ohne Kinder	8 924	45,0	10 281	48,5	12 030	52,6
mit Kindern	10 921	55,0	10 938	51,5	10 852	47,4
davon mit . . . Kindern						
1	5 468	27,6	5 065	23,9	5 130	22,4
2	3 372	17,0	3 525	16,6	3 881	17,0
3	1 319	6,6	1 458	6,9	1 296	5,7
4 und mehr	763	3,8	890	4,2	544	2,4

¹⁾ Ergebnis der Volkszählung

²⁾ Ergebnis des Mikrozensus

Zahlenmäßig immer bedeutsamer werden auch die „Restfamilien“, die nur aus einer verwitweten, geschiedenen oder verheiratet getrennt lebenden Person bestehen. 1982 gab es davon rd. 6,1 Mill., 42 % mehr als 1961. Parallel dazu geht die Zahl der kinderreichen Familien zurück. 1982 hatten nur noch 8,0 % der Familien drei oder mehr Kinder. Rechnerisch kommen gegenwärtig auf 100 Familien mit Kindern nur noch 177 Kinder.

Besonderen Belastungen sind alleinerziehende Elternteile ausgesetzt. 1982 gab es 927 000 Alleinstehende mit minderjährigen Kindern. Ihr Anteil zu der Gesamtzahl der Familien lag 1982 bei 4 %. Der alleinerziehende Elternteil war in 84 % der Fälle eine Frau. Die Zahl der alleinstehenden Väter ist in den letzten 10 Jahren jedoch stark angestiegen und lag 1982 bei 145 000.

Immer mehr Menschen leben allein

Im April 1982 gab es 7,9 Mill. Einpersonenhaushalte im Vergleich zu 4,0 Mill. im Juni 1961. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte ist damit innerhalb zweier Jahrzehnte von rd. 20 % auf über 30 % gestiegen. In Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern bestehen bereits 40 % der Haushalte aus nur einer Person.

Vor allem ältere Menschen wohnen allein. Im Vergleich zu 1961 ist die Zahl der Alleinlebenden im Alter von 65 Jahren und mehr von 1,5 Mill. auf 3,6 Mill. gestiegen. Davon waren 85 % Frauen.

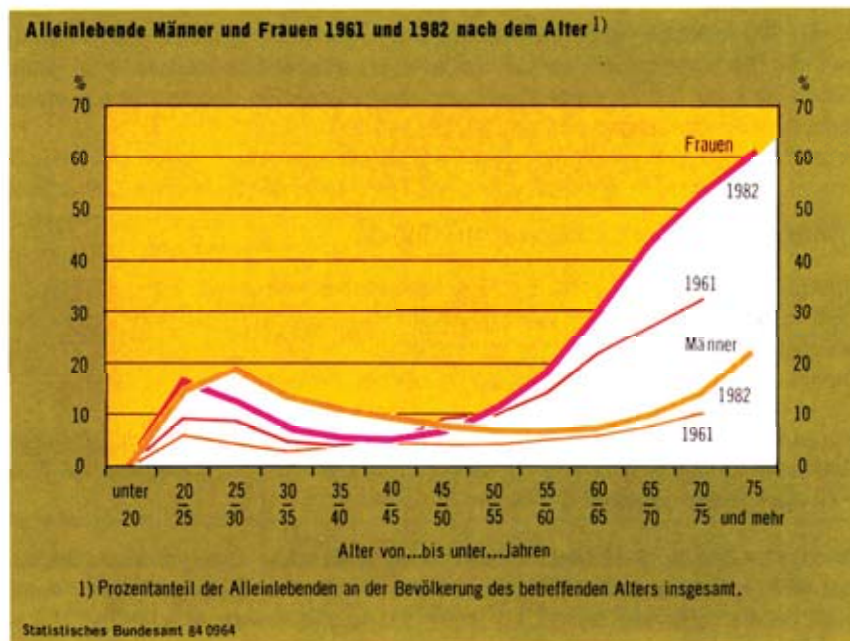
Auch unter den jungen Erwachsenen gibt es heute mehr „Singles“ als zu Beginn der sechziger Jahre. In der Altersgruppe der 18- bis unter 35jährigen lag ihr Anteil 1982 bei den Männern bei 12,9 % (1961: 7,0 %) und bei den Frauen bei 11,1 % (1961: 4,3 %).

Unter den Alleinlebenden stellten die Witwen mit 3,2 Mill. 1982 die größte Gruppe dar. Ihre Zahl hat sich seit 1961 verdoppelt. Auch die Zahl der für sich wohnenden ledigen Männer lag 1982 mit 1,4 Mill. doppelt so hoch wie 1961, während die der ledigen Frauen in diesem Zeitraum „nur“ um 83 % auf 1,6 Mill. zunahm. 1982 lebten in 850 000 Einpersonenhaushalten Geschiedene (1961: 383 000) und in 423 000 Einpersonenhaushalten verheiratet Getrenntlebende (1961: 225 000).

Neue Formen des Zusammenlebens?

Neue Formen des Zusammenlebens finden vor allem unter jüngeren Menschen Anklang. Wie viele Paare ohne Trauschein zusammenleben bzw. wie viele Wohn-

gemeinschaften existieren, ist allerdings nicht genau bekannt. Eine Untergrenze dürften die Zahlen des Mikrozensus vermitteln, nach denen 1982 in 547 000 Haushalten ausschließlich nicht verwandte Personen zusammen wohnten. Das waren gut 3 % aller Mehrpersonenhaushalte. In der relativ kurzen Zeitspanne von 1972 bis 1982 hat sich ihre Zahl mehr als verdreifacht.



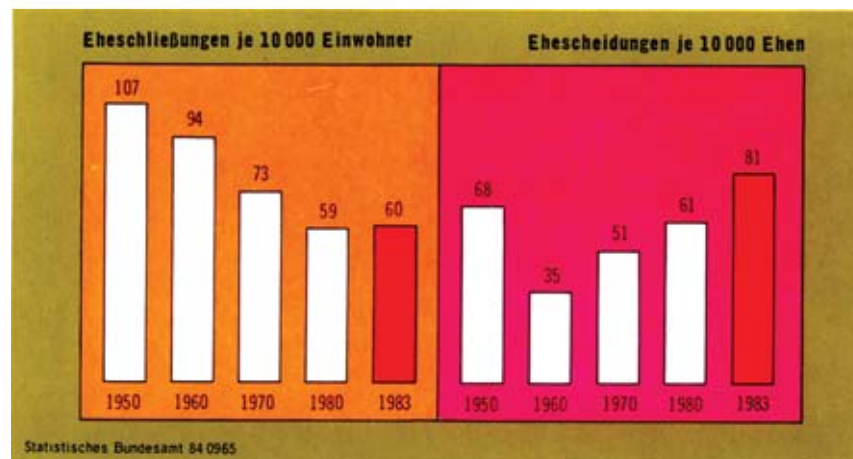
Die Zahl der Ehen nimmt ab

Seit 1972 ist die Zahl der bestehenden Ehen um fast eine halbe Million zurückgegangen. Das ist hauptsächlich auf die kontinuierlich abnehmende Heiratsneigung zurückzuführen, aber auch auf die wachsende Bereitschaft, sich scheiden zu lassen. Nach wie vor ist jedoch der ganz überwiegende Teil (81 %) der Bevölkerung im Alter von 30 bis 60 Jahren verheiratet.

1983 gingen rd. 370 000 Paare zum Standesamt. Bezogen auf 10 000 Einwohner waren das 60 Eheschließungen, im Vergleich zu 94 im Jahr 1960. Das durchschnittliche Heiratsalter hat sich kaum verändert und lag für ledige Männer zuletzt

bei 27 und für ledige Frauen bei 24 Jahren. Bei 70 % der Trauungen handelte es sich 1983 um die erste Eheschließung, in 13 % der Fälle war einer der Partner bereits einmal verheiratet, und bei 17 % der Paare traf das für beide Partner zu.

Die bisher höchste Zahl von 121 000 Scheidungen wurde 1983 erreicht (1982: 118 000 Scheidungen). Je 10 000 bestehende Ehen wurden 1983 81 Ehen geschieden. Am häufigsten trennten sich Ehepaare nach 4- bis 6jähriger Ehedauer (248 Scheidungen je 10 000 bestehende Ehen). Die Initiative zur Scheidung ging 1983 in 60 % der Fälle von der Frau aus, in 32 % vom Mann und in den restlichen Fällen von beiden Seiten. In mehr als jeder zweiten geschiedenen Ehe war 1982 mindestens ein minderjähriges Kind vorhanden.



Kinder in der Familie

Der Trend zur kleineren Familie, die größere Scheidungshäufigkeit und die zunehmende Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen wirken sich auch auf die Situation der Kinder in der Familie aus. Von den rd. 13,5 Mill. minderjährigen Kindern waren im Jahr 1982 31 % Einzelkinder (1970: 24 %), 43 % hatten noch einen Bruder oder eine Schwester, die restlichen 26 % wuchsen mit mehreren Geschwistern auf. Bei ungefähr 5,6 Mill. (etwa 42 %) waren beide Elternteile bzw. der alleinerziehende Elternteil berufstätig.

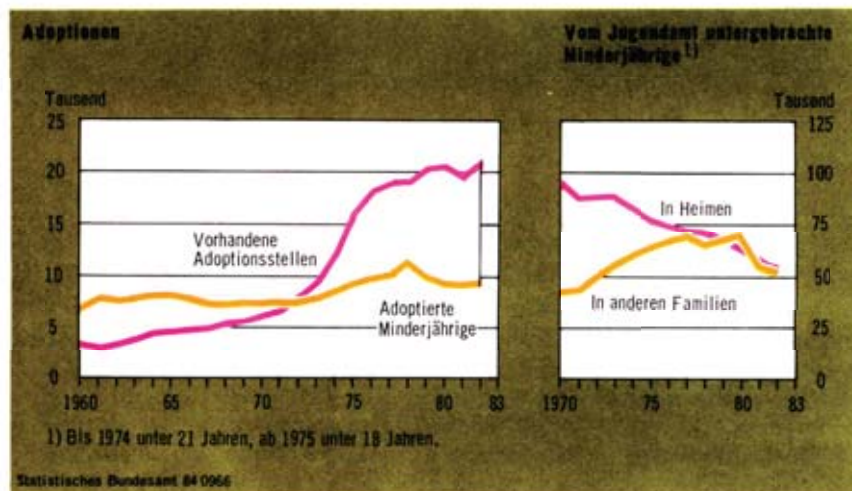
1,3 Mill. Kinder unter 18 Jahren (9,8 %) wurden von einem alleinstehenden Elternteil, und zwar ganz überwiegend von ihrer Mutter, großgezogen. Bei den meisten

alleinerziehenden Müttern und Vätern handelt es sich um Geschiedene (44 %) und Verwitwete (25 %); 17 % lebten von ihrem Ehepartner getrennt und 14 % waren nicht verheiratet. 60 % der alleinerziehenden Mütter mit minderjährigen Kindern waren erwerbstätig. Davon hatten etwa zwei Drittel eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden und mehr.

Ein neues Zuhause für Kinder

Während des Jahres 1982 wurden rd. 9 100 Kinder unter 18 Jahren adoptiert, darunter 43 % von Verwandten. Damit liegt die Zahl der Adoptionen deutlich höher als in den sechziger Jahren. Weit stärker stieg die Zahl der Familien oder Personen, die ein Kind annehmen wollen. Sie war am Jahresende 1982 mit rd. 20 700 mehr als dreimal so hoch wie 1970.

Wenn die Eltern ihrer Fürsorgepflicht nicht nachkommen, springt bei der erzieherischen Betreuung der Kinder der Staat ein. Am Jahresende 1982 waren vom Jugendamt 105 100 Minderjährige außerhalb des Elternhauses untergebracht, davon 49 % in anderen Familien und 50 % in Heimen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der unter 18jährigen liegt bei etwa 0,8 %. Das Bestreben, die Heimerziehung nach Möglichkeit durch Familienerziehung zu ersetzen, hat dazu geführt, daß die Zahl der Kinder in Heimen von 1970 bis 1982 um 44 % zurückging, während die Zahl der Minderjährigen in anderen Familien um etwa ein Drittel zunahm. Hiervon profitieren vor allem die Kinder unter 6 Jahren.



Im Blickpunkt: Der Mensch in der Ausbildung

Schüler, Auszubildende, Studenten 1983



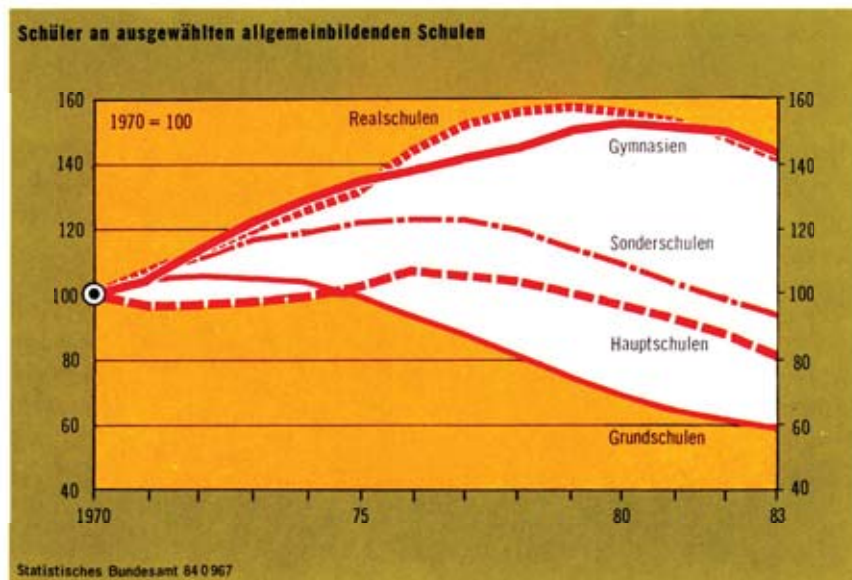
... in der Ausbildung

Vor der Schulzeit

1982 besuchten rd. 60 % der 1,5 Mill. Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren einen Kindergarten. 38,9 % dieser Kinder hatten eine erwerbstätige Mutter. Insgesamt standen 1981 24 000 Kindergärten mit 1,4 Mill. Plätzen zur Verfügung. Ferner gab es 3 200 Schulkindergärten, in denen 65 500 schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder auf den Eintritt in die Schule vorbereitet wurden. Zur Betreuung von schulpflichtigen Kindern vor und nach der Schulzeit waren 3 000 Kinderhorte mit 107 000 Plätzen eingerichtet. Für Kleinkinder unter 3 Jahren standen 1 000 Kinderkrippen mit 26 000 Plätzen zur Verfügung.

Immer weniger Schüler an allgemeinbildenden Schulen

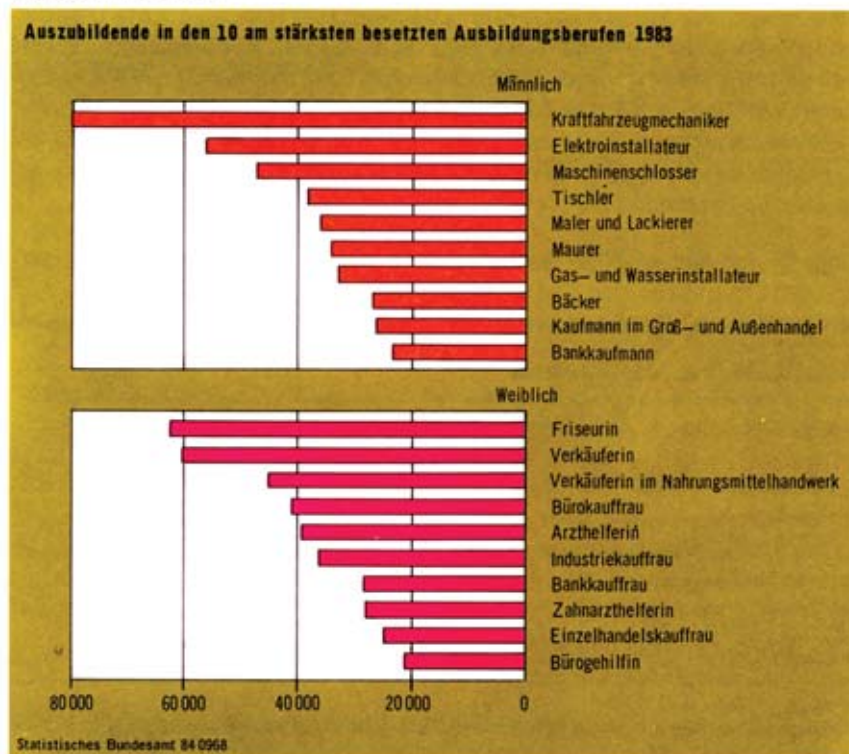
1983 besuchten 8,0 Mill. Schüler allgemeinbildende Schulen. Seit 1977 sind die Schülerzahlen rückläufig, da geburtenschwächere Jahrgänge in das Schulalter eintreten. Der Anteil der Schüler an weiterführenden Schulen, die zu mittleren Abschlüssen bzw. zur Hochschulreife führen, ist dagegen ständig größer geworden. Allein von 1970 bis 1983 hat sich die Zahl der Realschüler und Gymnasiasten



um fast die Hälfte erhöht, während die Zahl der Grund- und Hauptschüler um ein Drittel zurückgegangen ist. 1970 besuchten 10 % aller Schüler an allgemeinbildenden Schulen Realschulen und 15 % Gymnasien, 1983 lagen die entsprechenden Anteile bei 15 bzw. 25 %. Trotz der allgemeinen Tendenz zu einer höherwertigen Schulausbildung gibt es immer noch viele Jugendliche, die ihre Schulzeit ohne Abschluß beenden. Von den insgesamt 1,0 Mill. Schulabgängern des Jahres 1983 hatten 9 % den Hauptschulabschluß nicht erreicht. 1970 waren es sogar 19 %.

Die beruflichen Schulen verzeichnen noch steigende Schülerzahlen. 1983 hatten sie insgesamt 2,7 Mill. Schüler, gegenüber 2,1 Mill. im Jahr 1970. Auch bei der beruflichen Bildung ist der Trend zu qualifizierteren Abschlüssen deutlich erkennbar. So besuchten 1983 fast doppelt so viele Jugendliche Berufsfachschulen wie 1970. Die Zahl der Schüler an Fachoberschulen und Fachgymnasien hat sich sogar beinahe verdreifacht.

Auszubildende



Am Jahresende 1983 befanden sich 1,7 Mill. Jugendliche in einer betrieblichen Berufsausbildung. Die meisten wurden in den Bereichen Industrie und Handel (46 %) sowie Handwerk (39 %) ausgebildet. Insgesamt gibt es über 400 anerkannte Ausbildungsberufe. Auf nur 15 von ihnen konzentrierten sich 1983 49 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 69 % aller Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender.

Bis zum 30. September 1983 wurden 678 000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Das ist die höchste Zahl seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem konnten bis zu diesem Zeitpunkt 47 400 bei den Arbeitsämtern gemeldete Bewerber nicht vermittelt werden. Gleichzeitig wurden 19 600 unbesetzte Ausbildungsplätze registriert. Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird noch durch die unversorgten Schulabgänger früherer Jahre verstärkt.

Die Studentenzahlen steigen noch

An den Hochschulen (einschl. Fachhochschulen) der Bundesrepublik Deutschland studierten im Wintersemester 1983/84 rd. 1,3 Mill. Studenten. Ihre Zahl hat sich seit 1970 mehr als verdoppelt, im Vergleich zu 1960 sogar mehr als vervierfacht. Damit kamen 1983/84 208 Studenten auf 10 000 Einwohner, gegenüber 86 im Wintersemester 1970/71 und 52 im Wintersemester 1960/61. Der Anteil der Studentinnen ist von 27 % im Wintersemester 1970/71 auf 38 % im Wintersemester 1983/84 gestiegen.

Gegenwärtig gibt es in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 238 Hochschulen. Die größten sind die Universität München mit 51 100, die Freie Universität Berlin mit 50 100 sowie die Universitäten Münster mit 45 400 und Köln mit

Hochschulen im Wintersemester 1983/84

Hochschulart	Hochschulen	Studenten	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal ¹⁾
Universitäten	57	873 172	95 857
Gesamthochschulen	9	82 802	7 422
Pädagogische Hochschulen ²⁾	13	17 632	2 269
Theologische Hochschulen	15	3 039	367
Kunsthochschulen	26	20 394	4 363
Fachhochschulen	118	276 129	20 465
Insgesamt	238	1 273 168	130 742

¹⁾ Wintersemester 1982.

²⁾ Pädagogische Hochschulen bestehen nur noch in drei Bundesländern als selbständige Einrichtungen.

43 400 eingeschriebenen Studenten im Wintersemester 1983/84. Das wissenschaftliche und künstlerische Personal belief sich im Jahre 1982 auf 130 700; davon waren 89 600 Personen hauptberuflich in Forschung und Lehre tätig.

Die am häufigsten belegten Studienfächer deutscher Studenten im Wintersemester 1982/83			
Männer			
Studienfach	Rangfolge	Anzahl	% ¹⁾
Rechtswissenschaft	1	50 487	7,3
Maschinenbau/-wesen	2	47 103	6,8
Elektrotechnik/Elektronik	3	44 880	6,5
Medizin (Allgemein-Medizin)	4	44 008	6,3
Betriebswirtschaftslehre	5	38 456	5,5
Wirtschaftswissenschaften	6	27 889	4,0
Bauingenieurwesen/Ingenieurbau	7	22 605	3,2
Physik	8	21 688	3,1
Chemie	9	20 492	2,9
Architektur	10	19 611	2,8
Germanistik/Deutsch	11	18 310	2,6
Mathematik	12	17 872	2,6
Informatik	13	15 804	2,3
Biologie	14	14 509	2,1
Erziehungswissenschaft (Pädagogik)	15	12 447	1,8
Frauen			
Studienfach	Rangfolge	Anzahl	% ¹⁾
Germanistik/Deutsch	1	35 252	8,1
Rechtswissenschaft	2	28 704	6,6
Medizin (Allgemein-Medizin)	3	27 851	6,4
Erziehungswissenschaft (Pädagogik)	4	19 822	4,5
Anglistik/Englisch	5	18 439	4,2
Biologie	6	16 920	3,9
Betriebswirtschaftslehre	7	15 886	3,6
Psychologie	8	11 126	2,6
Mathematik	9	10 433	2,4
Architektur	10	9 975	2,3
Wirtschaftswissenschaften	11	9 791	2,2
Sozialarbeit/-hilfe	12	9 417	2,2
Chemie	13	9 154	2,1
Sport/Sportwissenschaft	14	8 950	2,1
Sozialpädagogik	15	8 348	1,9

¹⁾ Anteil an allen männlichen bzw. weiblichen Studenten.

Was kostet die Bildung?

Die öffentlichen Haushalte wendeten 1982 knapp 90 Mrd. DM für Bildung und Wissenschaft auf, das waren rund 11 % ihrer gesamten Ausgaben. Dieser Betrag

stellt nach der sozialen Sicherung den zweitgrößten Posten im öffentlichen Gesamthaushalt dar.

Zwischen 1970 und 1982 haben sich die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft mehr als verdreifacht. Pro Kopf der Bevölkerung lagen sie mit rund 1450 DM 1982 ebenfalls um gut das Dreifache höher als 1970. Wenn auch ein Teil des Ausgabenzuwachses auf Preissteigerungen zurückzuführen ist, so zeigen beispielsweise die Zuwachsraten bei der Zahl der hauptberuflichen Lehrer (+ 60 %) und Hochschullehrer (+ 143 %) während dieses Zeitraums, daß auch die realen Leistungen stark zugenommen haben.

Schüler, Auszubildende und Studenten in 1 000				
Ausbildungseinrichtungen	1970		1983	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
Schüler				
Allgemeinbildende Schulen	8 938	4 312	7 990	3 903
Grund- und Hauptschulen ¹⁾	6 669	3 243	4 549	2 134
Realschulen	863	457	1 214	648
Gymnasien	1 379	606	1 961	994
Gesamtschulen	—	—	225	107
Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs	25	6	41	20
Berufliche Schulen	2 072	909	2 719	1 246
Berufsschulen ¹⁾	1 600	671	1 942	784
Berufsaufbauschulen	40	7	16	5
Berufsfachschulen	205	124	406	269
Fachoberschulen, Fachgymnasien	59	12	150	54
Fachschulen	167	94	205	134
Auszubildende				
Alle Ausbildungsbereiche	1 269	447	1 722	676
Industrie und Handel	725	294	792	336
Handwerk	420	82	675	161
Sonstige ²⁾	124	72	255	179
Studenten				
Hochschulen ³⁾	528	142	1 273	482
Universitäten ⁴⁾	412	126	977	391
Kunsthochschulen	10	4	20	10
Fachhochschulen	106 ⁵⁾	12 ⁵⁾	276	81

¹⁾ Einschließlich Sonderschulen.

²⁾ Ausbildungsbereiche: Landwirtschaft, Öffentlicher Dienst, Freie Berufe, Hauswirtschaft und Seeschifffahrt.

³⁾ Jeweils Wintersemester (1970/71 bzw. 1983/84).

⁴⁾ Einschließlich pädagogischer und theologischer Hochschulen sowie Gesamthochschulen.

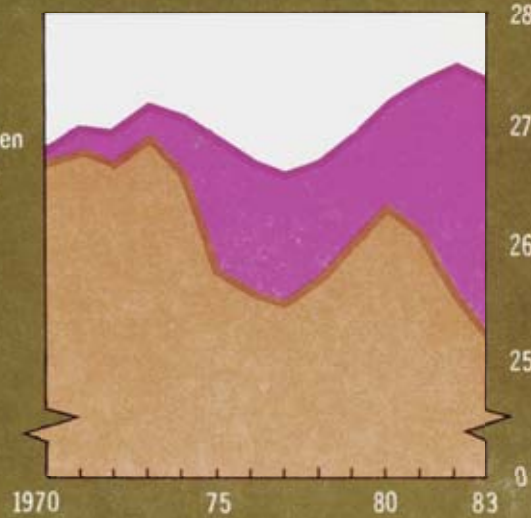
⁵⁾ Ingenieurakademien.

Im Blickpunkt: Der Mensch im Erwerbsleben

Beteiligung am Erwerbsleben

Mill.
28

Erwerbspersonen
Erwerbstätige



... im Erwerbsleben

Fast die Hälfte der Bevölkerung ist erwerbstätig

Im Juni 1983 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 28,5 Mill. Erwerbspersonen. Hierunter versteht man in der Statistik Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben (Erwerbstätige) oder suchen (Erwerbslose); Ertrag der Tätigkeit und Dauer der Arbeitszeit sind dabei ohne Belang. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung lag 1983 mit 46,5 % etwa genauso hoch wie 1950, obwohl inzwischen die Ausbildungszeiten länger sind und das Rentenalter früher erreicht wird. Hier machen sich vor allem die Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung bemerkbar. Sie werden dazu führen, daß die Zahl der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen bis in die neunziger Jahre zunehmen wird. Hinzu kommt noch die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen.

Die meisten Erwerbstätigen sind nach wie vor im Produzierenden Gewerbe beschäftigt. Die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen ist in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückgegangen. Während 1950 noch fast jeder vierte Er-

Strukturdaten über Erwerbstätige

	13. 9. 1950 ¹⁾	6. 6. 1961 ¹⁾	27. 5. 1970 ¹⁾	Juni 1983 ²⁾
	1 000			
Erwerbspersonen	23 489	26 821	26 610	28 542
Erwerbstätige	21 808	26 713	26 494	26 477
dar.: Ausländer	.	459	1 716	2 075
Erwerbslose	1 681	108	117	2 065
Nichterwerbspersonen	27 309	29 354	34 040	32 887
	Prozent			
Erwerbstätige	100	100	100	100
Männlich	64,1	63,0	64,2	61,8
Weiblich	35,9	37,0	35,8	38,2
dar.: verheiratet ³⁾	36,3	45,6	55,8	60,7
unter 20 Jahren	13,4	12,1	9,8	7,7
20 bis unter 40 Jahren	41,3	45,4	47,1	44,4
40 bis unter 65 Jahren	41,6	39,2	40,2	46,5
65 Jahre und mehr	3,7	3,3	2,9	1,4

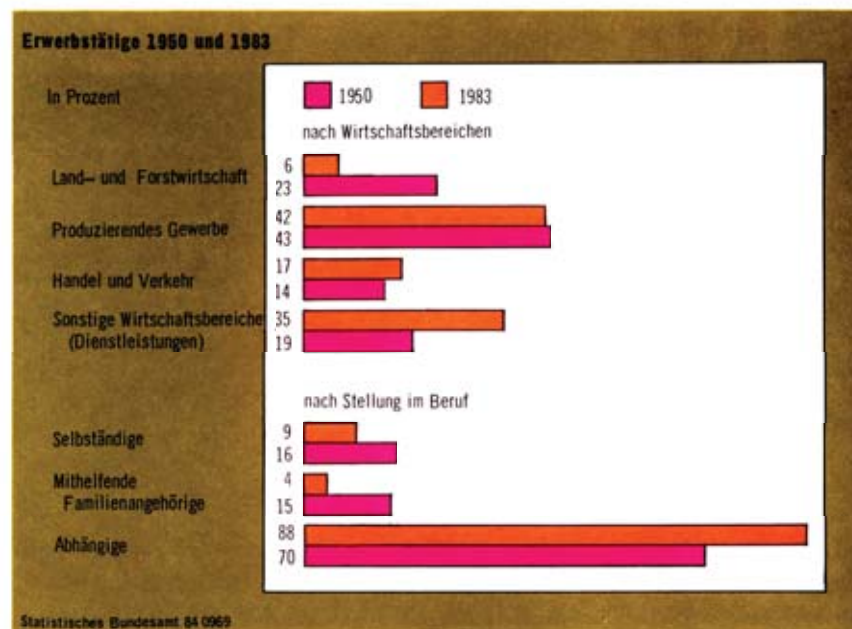
¹⁾ Ergebnis der Volkszählung.

²⁾ Ergebnis der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften.

³⁾ Anteil an allen erwerbstätigen Frauen.

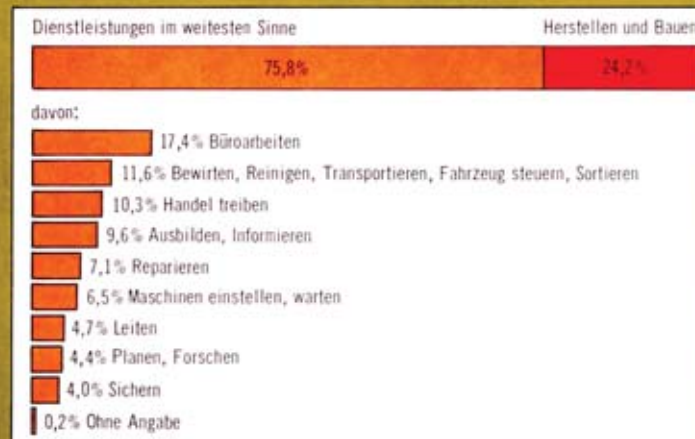
werbstätige in diesem Wirtschaftsbereich seinen Unterhalt verdiente, war es 1983 nur noch jeder achtzehnte. Im Dienstleistungsbereich ist die Erwerbstätigenzahl dagegen stark gestiegen. Hier war 1983 bereits jeder zweite Erwerbstätige beschäftigt, 1950 erst jeder dritte.

Von insgesamt 26,5 Mill. Erwerbstätigen waren 1983 23,2 Mill. (88 %) in abhängiger Stellung als Arbeiter, Angestellte und Beamte beschäftigt. Im Vergleich zu 1950 liegt diese Zahl um 8,0 Mill. und gegenüber 1961 um etwa 2,4 Mill. höher. Zu diesem Anstieg hat u. a. der Übergang von Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen — besonders aus der Landwirtschaft — in eine abhängige Tätigkeit beigetragen.



Untersucht man die Tätigkeit der Erwerbstätigen, so tritt der Wandel in der Produktionsweise deutlich zutage. Im April 1982 waren nur noch 24 % der Erwerbstätigen unmittelbar mit dem Herstellen von Produkten und am Bau beschäftigt. 76 % aller Erwerbstätigen übten Tätigkeiten aus, die im weitesten Sinne als Dienstleistungen gelten können.

Erwerbstätige 1982 nach der Art der überwiegenden Tätigkeit



Statistisches Bundesamt 84 0970

Erwerbstätigkeit der Frauen

Im Juni 1983 waren 10,1 Mill. Frauen erwerbstätig, das sind 38,2 % aller Erwerbstätigen (1950: 35,9 %). Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in allen Altersgruppen geringer als bei Männern und wird in erheblichem Umfang durch die Familiensituation bestimmt. Mit Heirat bzw. Geburt von Kindern scheiden viele Frauen dauernd oder zumindest vorübergehend aus dem Erwerbsleben aus.

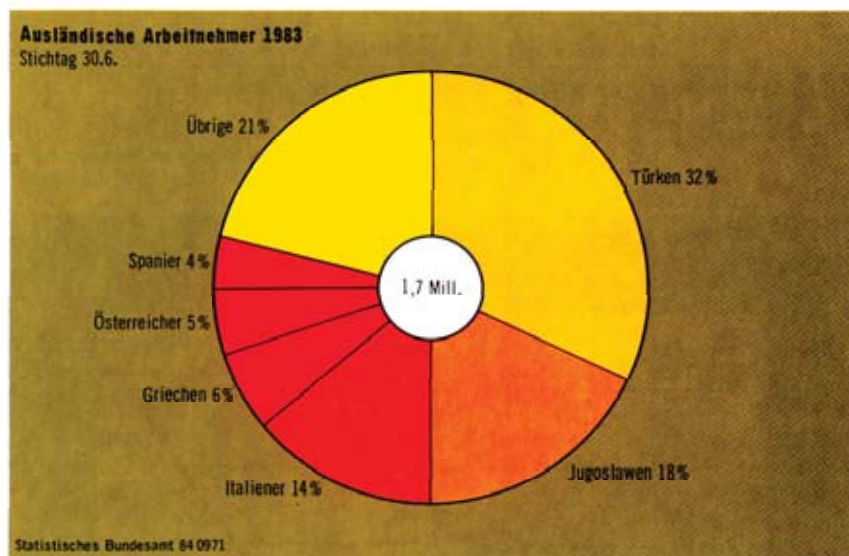
In den vergangenen Jahrzehnten hat vor allem die Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen zugenommen. Im April 1982 waren 6,1 Mill. erwerbstätige Frauen verheiratet, 3,5 Mill. hatten minderjährige Kinder. Um Familie und Beruf zu verbinden, sind viele Frauen an einer Teilzeitbeschäftigung interessiert. 1982 hatten 32 % der erwerbstätigen Frauen eine Wochenarbeitszeit von weniger als 40 Stunden.

Frauen sind vor allem im Dienstleistungsbereich tätig. 1982 waren über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen Angestellte (53,2 %), knapp ein Drittel Arbeiterinnen (30,6 %), 4,3 % Beamtinnen, 4,9 % Selbständige sowie 7,0 % Mithelfende Familienangehörige.

Ausländische Arbeitnehmer

Ein großer Teil der nach 1960 geschaffenen Arbeitsplätze wurde von ausländischen Arbeitnehmern besetzt, deren Zahl von 80 000 im Jahr 1955 bis auf 2,3 Mill. im Jahr 1974 gestiegen ist. Unter dem Einfluß des Anwerbestopps (Ende 1973) und der konjunkturellen Entwicklung war bis 1983 ein Rückgang auf 1,7 Mill. zu verzeichnen.

Ende Juni 1983 war etwa jeder zwölfte Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Ausländer. Die Türken waren mit 32 Prozent die stärkste Gruppe, gefolgt von Jugoslawen (18 Prozent), den Italienern (14 Prozent), Griechen (6 Prozent), Österreichern (5 Prozent) und Spaniern (4 Prozent). Ausländische Arbeitnehmer sind vor allem in der Metallherzeugung und -verarbeitung, im Fahrzeugbau, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie im Baugewerbe beschäftigt.



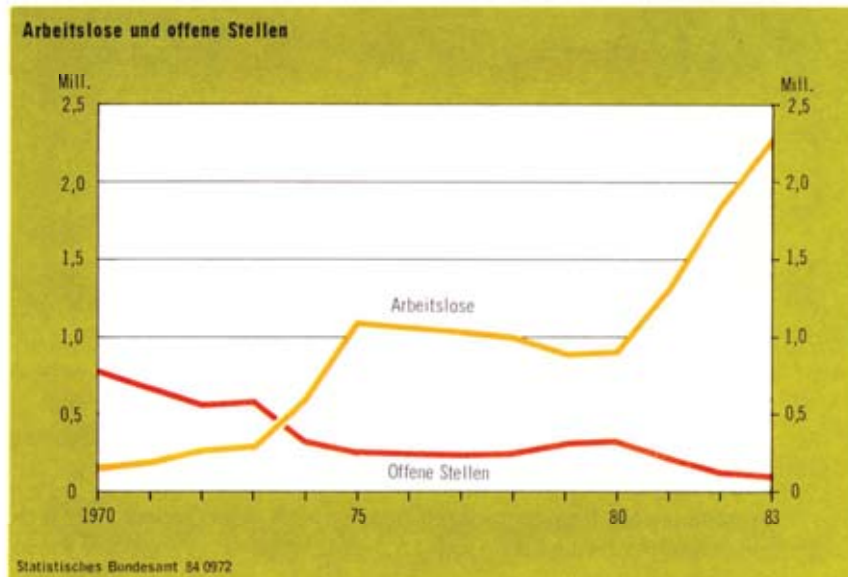
Arbeitslose, offene Stellen, Kurzarbeiter

Eine Rückschau bis zur Gründung der Bundesrepublik läßt erkennen, daß sich die Zahl der Arbeitslosen und ihr Anteil an den abhängigen Erwerbspersonen (Arbeitslosenquote) nach 1950 zunächst kontinuierlich verminderte. Zu Beginn

der 60er Jahre war nach den international üblichen Maßstäben Vollbeschäftigung erreicht. Der damit verbundene Mangel an Arbeitskräften konnte nur durch den Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern gemildert werden.

Arbeitslose, offene Stellen und Kurzarbeiter						
Jahres- durchschnitt	Arbeitslose	Arbeitslosenquote ¹⁾			Offene Stellen	Kurz- arbeiter
		Insgesamt	Männer	Frauen		
	1 000	%			1 000	
1950 ²⁾	1 869	11,0	10,8	11,5	119	90 ³⁾
1961	181	0,8	0,8	0,8	552	3
1970	149	0,7	0,7	0,8	795	10
1975	1 074	4,7	4,3	5,4	236	773
1980	889	3,8	3,0	5,2	308	137
1981	1 272	5,5	4,5	6,9	208	347
1982	1 833	7,5	6,8	8,6	105	606
1983	2 258	9,1	8,4	10,1	76	675

¹⁾ Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten).
²⁾ Ohne Saarland.
³⁾ Mitte Dezember.



Seit 1974 liegt die Zahl der Arbeitslosen erheblich über der Zahl der offenen Stellen. 1975 gab es im Jahresdurchschnitt bereits mehr als 1 Mill. Arbeitslose; die Arbeitslosenquote erreichte 4,7 Prozent. Nach einem vorübergehenden geringfügigen Rückgang stieg sie ab 1981 erneut an und lag im Jahresdurchschnitt 1983 bei 9,1 Prozent. Damit verbunden war in verschiedenen Branchen eine Zunahme der Kurzarbeit. Parallel zu dieser Entwicklung hat sich die Zahl der offenen Stellen vermindert.

Problemgruppen des Arbeitsmarktes

Von der Arbeitslosigkeit sind bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders betroffen. Erschwert ist die Vermittlung von Arbeitskräften ohne Berufsausbildung, auf die allein über die Hälfte aller Arbeitslosen entfällt. Gleiches gilt für ältere Arbeitnehmer und Schwerbehinderte sowie für Berufsanfänger.

Arbeitslose nach der Art ihrer Berufsausbildung September 1983		
Berufsausbildung	Arbeitslose	
	1 000	%
Ohne abgeschlossene	1 084	50,8
Mit abgeschlossener	1 049	49,2
— betrieblicher	837	39,2
— Berufsfachschule/Fachschule	107	5,0
— Fachhochschule	35	1,6
— Hochschule	70	3,3
Insgesamt	2 134	100

Ferner sind Frauen stärker vom Arbeitsplatzverlust bedroht als Männer. Während 1983 38,2 % aller Erwerbstätigen Frauen waren, betrug ihr Anteil an den Arbeitslosen 43,6 %. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß etwa ein Viertel der arbeitslosen Frauen einen Teilzeitarbeitsplatz sucht.

Während in Zeiten der Hochkonjunktur der Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern willkommen war, um den bestehenden Arbeitskräftemangel zu behe-

ben, gehören sie heute zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Ihre Arbeitslosenquote lag 1983 mit 14,7 % erheblich über dem Durchschnitt (9,1 %).

Auch jüngere Menschen, die aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge gegenwärtig verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängen, sind überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Während die Altersgruppe der unter 25jährigen nur einen Anteil von 19,7 % an den Erwerbstätigen hat, stellt sie 29,2 % der Arbeitslosen.

Immer mehr Arbeitslose finden erst nach längerer Zeit eine neue Stelle. Im September 1983 war mehr als ein Viertel von ihnen über 1 Jahr arbeitslos.

Im Blickpunkt: Der Mensch und sein Lebensunterhalt

Unterhalt der Bevölkerung im April 1982

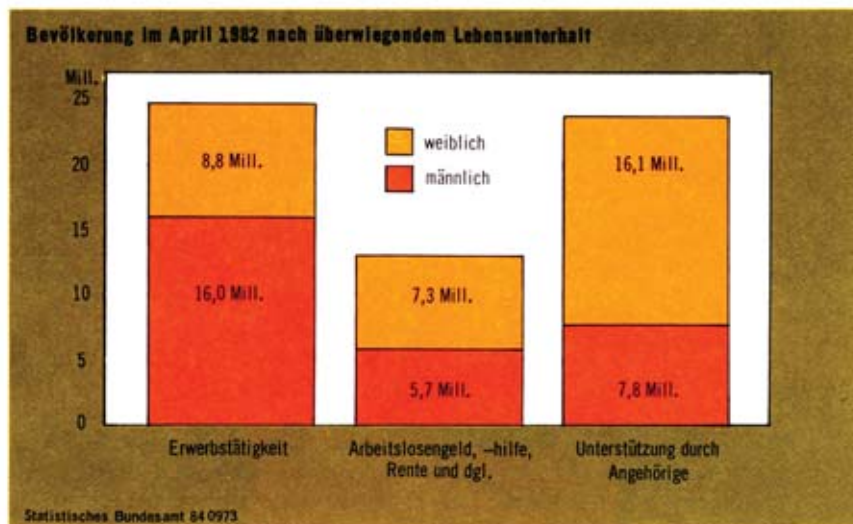
durch:



... und sein Lebensunterhalt

Unterhaltsquellen

Für 40 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland war im April 1982 die eigene — selbständige oder unselbständige — Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle. Ein fast gleich hoher Prozentsatz wurde ganz oder zum Teil durch Angehörige (Eltern, Ehepartner, Kinder usw.) versorgt. Ein Fünftel der Bevölkerung lebte überwiegend von Renten, Pensionen und Erträgen aus Vermögen und gut 1 % bezog seinen Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld oder -hilfe.



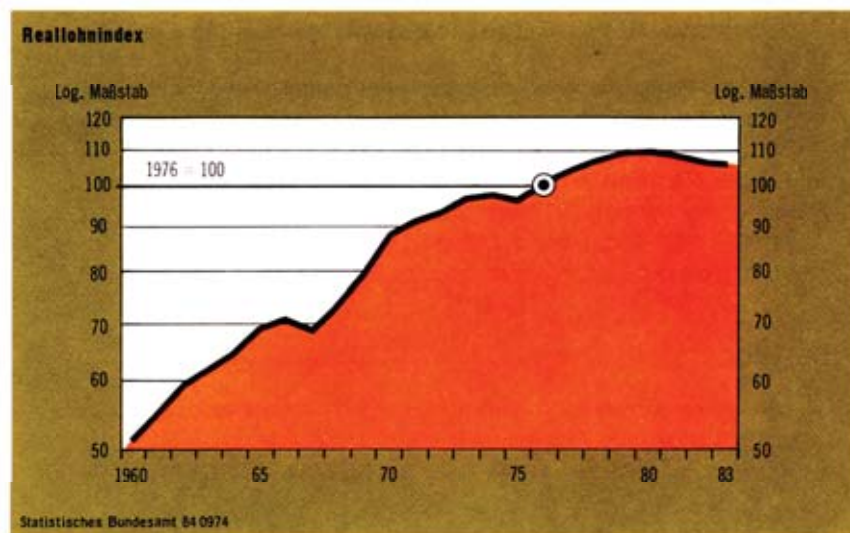
Löhne und Gehälter

Im Oktober 1984 verdiente ein Arbeiter in der Industrie im Durchschnitt 16,72 DM pro Stunde, eine Arbeiterin 12,12 DM. Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst erreichte für Arbeiter 694 DM und für Arbeiterinnen 483 DM. Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe lagen im Oktober 1984 bei 4046 DM für Männer und bei 2573 für Frauen. Der deutliche Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen rührt z. B. daher, daß Frauen im allgemeinen geringer

qualifizierte Arbeiten ausüben, ein niedrigeres Durchschnittsalter haben, häufig vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden und dadurch die Endstufen der Bezahlung nicht erreichen. Außerdem sind sie besonders zahlreich in Wirtschaftszweigen mit einem niedrigen Verdienstniveau tätig, wie z. B. im Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie im Einzelhandel.

Langfristig konnten die meisten Einkommensbezieher ihren Lebensstandard beträchtlich verbessern, da die Verdienste in den vergangenen Jahrzehnten stärker stiegen als die Preise. In den letzten Jahren hat sich diese Entwicklung umgekehrt. Dies wird deutlich, wenn man — was allerdings nur mit Einschränkungen möglich ist — die Steigerung der Verdienste mit der Steigerung der Lebenshaltungspreise vergleicht.

So läßt sich z. B. durch Verknüpfung des Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter und des Preisindex für die Lebenshaltung der Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen ein „Reallohnindex“ ermitteln. Er bringt zum Ausdruck, in welchem Umfang die Verdiensterhöhungen über den Ausgleich der Preissteigerungen hinaus zu einem Zuwachs an realer Kaufkraft geführt haben. Auf der Basis 1976 = 100 lag er 1980 bei 109,9. In den folgenden Jahren ging der Reallohn laufend zurück (1984: 106,3). In dieser Berechnung ist noch nicht berücksichtigt, daß mit steigenden Bruttoverdiensten im allgemeinen ein überproportionales Anwachsen der Steuern und Sozialabgaben verbunden ist.



Zur Ermittlung der Abgabenlast können hilfsweise Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herangezogen werden. Danach stieg die Abgabenquote als das Verhältnis von Lohnsteuern und Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer zur gesamtwirtschaftlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme von 16 % im Jahr 1960 über 22 % im Jahr 1970 auf 32 % im Jahr 1984. Diese Relation vermittelt lediglich eine globale Größenordnung; je nach Einkommenshöhe, Familiengröße usw. ergeben sich im Einzelfall starke Abweichungen.

Renten und Pensionen

1982 bestritten etwa 11,4 Mill. Personen ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Renten und Pensionen. Die wichtigsten Träger der Alters- und Hinterbliebenenversorgung sind die gesetzlichen Rentenversicherungen. Sie zahlten 1983 monatlich 13,7 Mill. Renten aus. Hiervon waren fast die Hälfte Altersruhegelder, ein gutes Drittel Witwen- und Waisenrenten und der Rest Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten. Je nach Dauer des Arbeitslebens und Höhe der Beitragsleistungen sind die Renten unterschiedlich hoch. Das flexible Altersruhegeld, das nach Vollendung des 63. Lebensjahres bzw. bei Schwerbeschädigten nach Vollendung des 60. Lebensjahres gezahlt wird, betrug am 1. Juli 1983 durchschnittlich in der Rentenversicherung der Arbeiter 1 460,30 DM, in der Rentenversicherung der Angestellten 1 777,40 DM und in der Knappschaftlichen Rentenversicherung 1 956,40 DM im Monat. Im Vergleich zu 1960 liegt das Altersruhegeld eines Durchschnittsverdieners nach 40 Versicherungsjahren heute gut fünfmal höher¹⁾. Im gleichen Zeitraum ist der Preisindex für die Lebenshaltung eines Zweipersonen-Haushaltes von Renten- und Sozialhilfeempfängern um 153 % gestiegen.

Die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Beamten und Richter im öffentlichen Dienst ist durch Pensionen gesichert. Am 1. Februar 1984 wurden rd. 1,2 Mill. Personen nach beamtenrechtlichen Vorschriften versorgt. Dafür wendeten Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich kommunaler Zweckverbände sowie die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost im Jahr 1982 rd. 31 Mrd. DM auf. Das durchschnittliche monatliche Ruhegehalt einschließlich anteiliger Jahressonderzuwendungen betrug 1982 rd. 2 800 DM.

Arbeitslosengeld/-hilfe

Die in den letzten Jahren sprunghaft angestiegene Arbeitslosigkeit ließ auch die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung anwachsen. 1983 bezogen 1 014 000 Personen Arbeitslosengeld und 485 000 Arbeitslosenhilfe. Entspre-

¹⁾ Renten Anpassungsbericht 1983, Bundestagsdrucksache 10/560 vom 2. November 1983.

chend haben sich die Aufwendungen für Arbeitslosengeld und -hilfe seit 1974 mehr als versechsfacht. Sie erreichten 1983 24,2 Mrd. DM. Die durchschnittliche Unterstützungsleistung betrug 1983 monatlich 1 347 DM.

Sozialhilfe

Die Sozialhilfe greift dann ein, wenn die anderen Sozialleistungssysteme keine oder nicht ausreichende Hilfen erbringen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt deckt Grundbedürfnisse des täglichen Lebens ab und wird weitgehend nach Leistungspauschalen (Regelsätzen) berechnet. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen (z. B. Krankenhilfe, Hilfe zur Eingliederung Behinderter, Hilfe zur Pflege) dient der Behebung von speziellen sozialen Notständen.

Insgesamt wurden 1982 für 2,3 Mill. Hilfeempfänger Leistungen in Höhe von 16,3 Mrd. DM gewährt. Hiervon entfielen 34 Prozent auf Hilfe zum Lebensunterhalt und 66 Prozent auf Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat dazu geführt, daß ein wachsender Kreis von Personen wegen fehlendem oder unzureichendem Einkommen und Vermögen auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen ist (1982: 1,6 Mill.).



Kindergeld

Kindergeld ist unter allen staatlichen Transferzahlungen die häufigste Leistungsart. Die Zahl der Empfangsberechtigten und der Kinder, für die sie Zahlungen erhalten, ist rückläufig. Während es 1975 noch 7,3 Mill. Berechtigte mit 14,1 Mill. Kindern gab, reduzierte sich die Zahl der Empfänger 1983 auf 6,6 Mill. mit 11,2 Mill. Kindern. Die ausgezahlte Summe an Kindergeld belief sich 1983 auf insgesamt 11,5 Mrd. DM.

Wohngeld

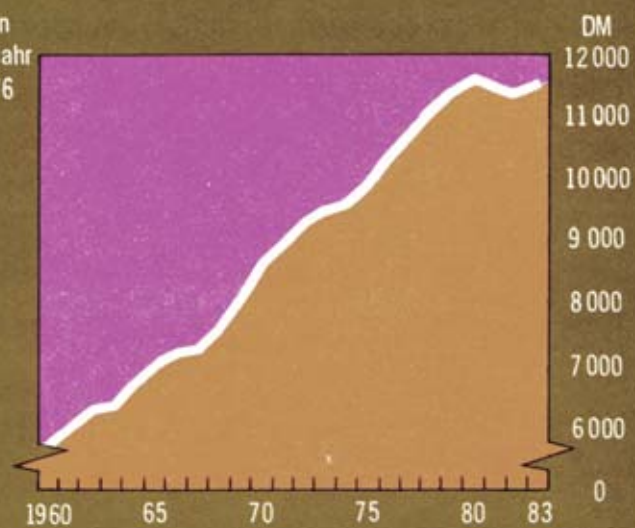
Einkommensschwachen Haushalten wird auf Antrag Wohngeld als Mietzuschuß bzw. Lastenzuschuß für Eigentümer gewährt. 1983 bezogen etwa 1,4 Mill. Haushalte Wohngeld, gegenüber 908 000 im Jahr 1970. Der ausgezahlte Betrag lag 1983 mit 2,6 Mrd. DM etwa viereinhalbmal höher als 1970. Der durchschnittliche monatliche Zuschuß betrug im Dezember 1983 111 DM. Unter den Wohngeldbeziehern ist der Anteil der Arbeitslosen 1983 auf ein Zehntel gestiegen (1980: 3,9 %). Nach wie vor sind die meisten Anspruchsberechtigten (1983: 53,8 %) Rentner und Pensionäre.

Entschädigungen

1983 empfingen noch 1,8 Mill. Versorgungsberechtigte Leistungen der Kriegsopferversorgung. Gegenüber 1960 bedeutet dies einen Rückgang um 46 Prozent. Für laufende und einmalige Leistungen wurden 1983 insgesamt 12,4 Mrd. DM ausgegeben. Die Zahl der Empfänger von Kriegsschadenrenten und laufenden Beihilfen im Rahmen des Lastenausgleichs ist noch stärker zurückgegangen und lag Anfang 1984 bei 201 000, gegenüber 794 000 Anfang 1961. Die während der gesamten Laufzeit des Lastenausgleichs ausgezahlten Beträge beliefen sich bis Ende 1983 auf insgesamt 110,6 Mrd. DM.

Im Blickpunkt: Der Mensch als Verbraucher und Sparer

Verbrauchsausgaben
je Einwohner und Jahr
in Preisen von 1976



... als Verbraucher und Sparer

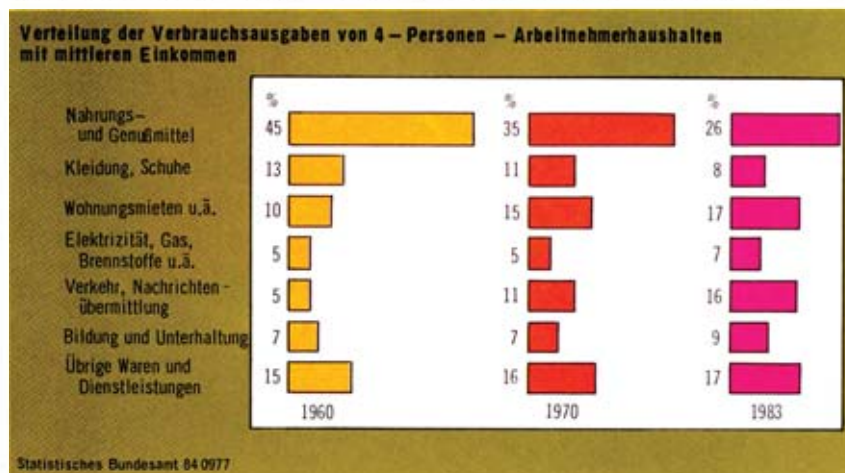
Verbrauchsausgaben

1984 wurden 73,3 % des Volkseinkommens oder 980 Mrd. DM für den Privaten Verbrauch verwendet. Auf jeden Einwohner kamen damit im Durchschnitt Verbrauchsausgaben in Höhe von 16 019 DM. Gegenüber 1960 hat sich dieser Wert mehr als verfünffacht. Rechnet man die Preissteigerungen heraus, bleibt real immer noch eine Zuwachsrate von 102 %. In den Jahren 1981 und 1982 war der Private Verbrauch erstmals real rückläufig. 1983 stieg er real wieder um 1,1 % und 1984 um 0,8 %, lag jedoch immer noch unter dem Niveau von 1980.

Geänderte Verbrauchsgewohnheiten

Die Verbraucher benötigen heute einen wesentlich geringeren Teil ihres Einkommens als früher zur Deckung des Grundbedarfs und haben größere Spielräume für Anschaffungen, Reisen, Hobbys usw. Demzufolge ist auch der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel sowie für Kleidung und Schuhe im Zeitablauf stark zurückgegangen, während die Ausgaben für Verkehr, Nachrichtenübermittlung und Wohnungsmieten anteilmäßig erheblich zugenommen haben.

Mit zunehmendem Wohlstand haben sich auch die Ernährungsgewohnheiten gewandelt. So lag der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch 1982/83 mit 88 kg



um 51 kg höher als 1950/51, wogegen der Verbrauch an Kartoffeln im gleichen Zeitraum von 184 auf 74 kg pro Kopf zurückgegangen ist. Der Konsum von Genußmitteln und alkoholischen Getränken hat sich vervielfacht.

Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln je Kopf und Jahr						
Erzeugnis	Einheit	1950/51	1960/61	1970/71	1980/81	1982/83
Getreideerzeugnisse	kg	99	80	66	68	68
Kartoffeln	kg	184	132	102	81	74
Gemüse	kg	49	49	64	64	69
Fruchstobst	kg	40	94	93	84	94
Fleisch	kg	37	57	79	91	88
Trinkmilch/Sahne	kg	121	120	96	89	92
Käse	kg	4	8	10	14	14
Butter	kg	6	9	7	7	7
Zigaretten	St	476	1 282	1 946	2 085	1 829
Bier	l	37	95	143	146	148
Trinkwein/Schaumwein	l	6	13	18	25	27

Die Haushalte sind besser ausgestattet

Rundfunk- und Fernsehgeräte, Kühlschränke und elektrische Staubsauger sind heute in nahezu jedem Haushalt anzutreffen. Auch Telefon, Waschmaschine, Fotoapparat und Pkw sind meist eine Selbstverständlichkeit. Bei anderen Gebrauchsgütern ist der Ausstattungsgrad je nach Einkommenshöhe, Haushaltsgröße und Alter der Haushaltsmitglieder zum Teil sehr unterschiedlich.

Das Auto ist kostspielig

Trotz erheblicher Preissteigerungen bei Anschaffung und Unterhaltung, stagnierender Einkommensentwicklung und erhöhtem Umweltbewußtsein hat das Auto kaum an Attraktivität verloren. 1983 wurden 2,4 Mill. fabrikneue Personenwagen in den Verkehr gebracht. Der Bestand erreichte Ende 1983 24,7 Mill. und lag damit beinahe so hoch wie die Zahl der Haushalte (1982: 25,3 Mill.). Für die Kraftfahrzeughaltung gab der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen 1983 im Monat 275 DM aus, das waren 10 % seiner gesamten Verbrauchsausgaben (1970: 11 %). Fast die Hälfte (46 %) der Ausgaben für das Kraftfahrzeug entfiel auf Kraftstoffe. Vor der Ölkrise machten die Benzinkosten nur etwa ein Drittel der laufenden Aufwendungen für die Kraftfahrzeughaltung aus.

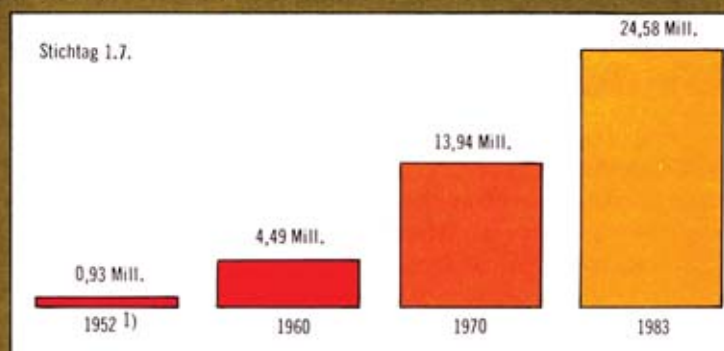
Mehr Geld für die Freizeit

Je mehr sich die Einkommen der Bundesbürger in der Vergangenheit erhöhten, desto stärker stiegen auch absolut und anteilmäßig ihre Ausgaben für Freizeit und Urlaub. 1965 wendete ein 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen 10,7 % der Verbrauchsausgaben für Freizeit und Urlaub auf. 1983 gab er für diesen Zweck 15,4 % aus, in den Jahren 1981 und 1980 sogar je 16,6 %. Etwa 26 % des Freizeitbudgets floß 1983 in die Urlaubskasse.

Monatliche Aufwendungen für Freizeitgüter 1983
(4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen)

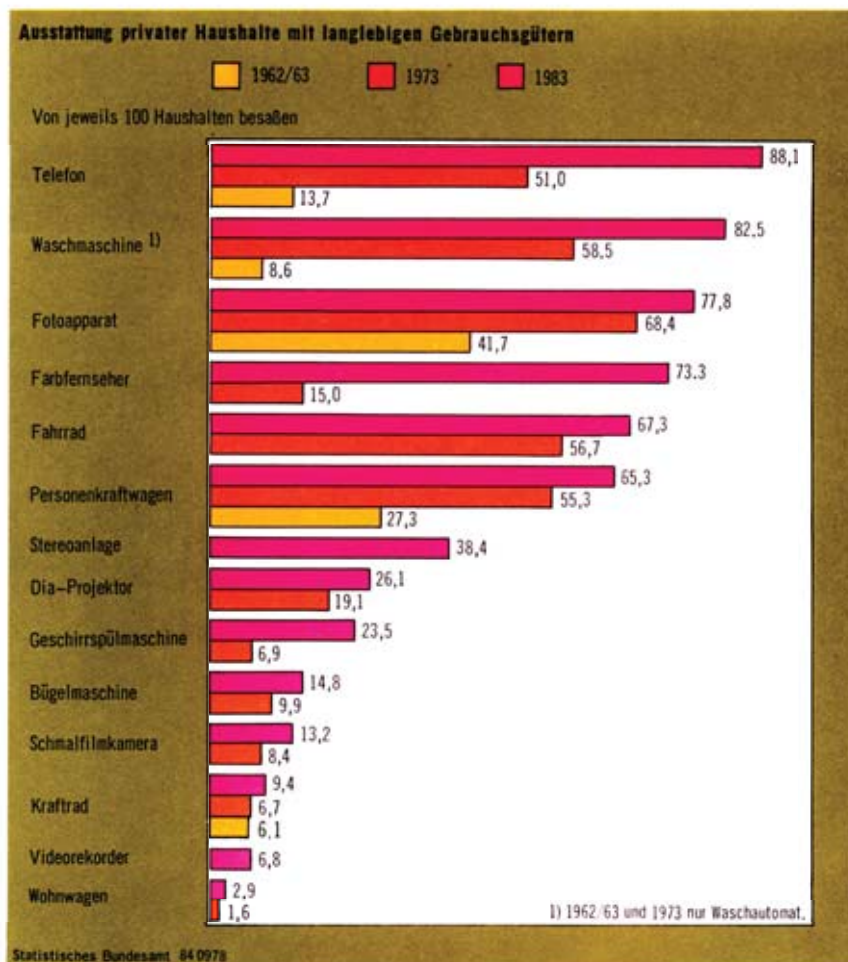
	DM	%
Aufwendungen für Freizeitgüter insgesamt	438	100
davon entfielen auf		
Urlaub	115	26,3
Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften	44	10,0
Rundfunk, Fernsehen u. ä. einschl. Gebühren	53	12,1
Kraftfahrzeug	69	15,6
Sport und Camping	39	8,9
Gartenpflege und Tierhaltung	35	8,0
Spielen und Spielzeug	20	4,5
Besuch von Bildungs- u. Unterhaltungsstätten	12	2,7
Fotografieren, Filme	8	1,7
Sonstiger Freizeitbedarf	45	10,2

Bestand an Personenkraftwagen



1) Ohne Saarland.

Statistisches Bundesamt 84 0979



Vermögensbildung

1978 besaßen 91 % aller Haushalte mindestens ein Sparbuch. Das durchschnittliche Sparguthaben lag bei 10 800 DM.

70 % aller Haushalte hatten 1978 mindestens eine Lebensversicherung abgeschlossen. Vor allem die Haushalte von Selbständigen bevorzugten diese Anlageform (86 %), die oftmals einen wichtigen Teil ihrer Alterssicherung darstellt. Sie

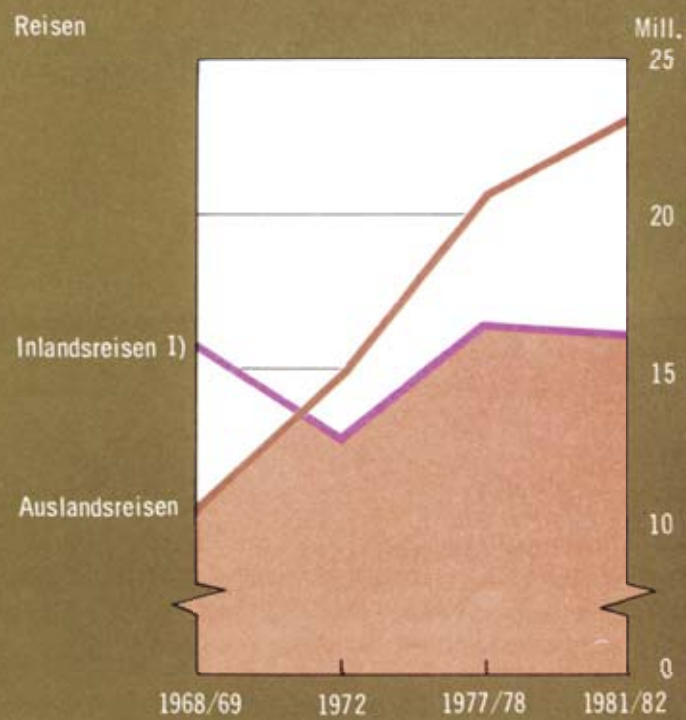
erbrachten im Jahr 1978 mit rd. 2 500 DM eine fast dreimal so hohe Leistung wie der Durchschnitt aller Haushalte. Die durchschnittliche Versicherungssumme belief sich 1983 auf 14 570 DM. Die Beitragseinnahmen waren 1983 (32,5 Mrd. DM) allerdings erstmals gegenüber dem Vorjahr rückläufig (1982: 34,4 Mrd. DM).

Über einen oder mehrere nicht zugeteilte Bausparverträge verfügten 1978 37 % aller Haushalte. Die vereinbarten Bausparsummen der im Jahr 1983 neu abgeschlossenen Verträge erreichten im Durchschnitt rd. 34 300 DM. Überdurchschnittlich viele Bausparer gab es 1978 unter den Beamten (67 %) und Selbständigen (56 %).

In 26 % der Haushalte waren 1978 Wertpapiere vorhanden. Die Depots der Haushalte mit Wertpapierbesitz erreichten Ende 1978 im Durchschnitt einen Tageskurs von rd. 18 000 DM. Dabei sind die Unterschiede im einzelnen so groß wie bei keiner anderen Vermögensanlage.

Haus- und Grundbesitzer waren 1978 44 % aller Haushalte. Bei Landwirten (90 %) und Selbständigen (70 %) lag dieser Anteil besonders hoch. 59 % aller Haus- und Grundbesitzer mußten noch Rückzahlungen auf Hypotheken, Baudarlehen u. ä. leisten. Im Durchschnitt belief sich die Restschuld auf rd. 55 000 DM.

Im Blickpunkt: Der Mensch in seiner Freizeit



1) Einschl. Reisen in die DDR und nach Berlin (Ost).

... in seiner Freizeit

Weniger Arbeitszeit

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist in den vergangenen 20 Jahren ständig zurückgegangen. Leistete ein abhängiger Erwerbstätiger 1960 durchschnittlich 44 Wochenstunden, waren es 1983 nur noch knapp 37 Stunden. 1983 gab es noch 1,6 Mill. abhängige Erwerbstätige (7 %), die normalerweise 45 Stunden und mehr in der Woche an ihrem Arbeitsplatz verbringen. 7,5 % hatten eine Wochenarbeitszeit von weniger als 21 Stunden.

Nach dem Bundesurlaubsgesetz steht jedem Arbeitnehmer ein Mindesturlaub von 18 Werktagen (3 Wochen) zu. In den Tarifverträgen sind jedoch zumeist weit längere Zeiten vereinbart. So erhielten 1983 Urlaub von

3 bis unter 4 Wochen	4 %
4 bis unter 5 Wochen	10 %
5 bis unter 6 Wochen	39 %
6 Wochen	47 %

aller von Tarifverträgen erfaßten Arbeitnehmer. Zwischen 1960 und 1983 ist die tarifliche Urlaubsdauer im Durchschnitt aller Arbeitnehmer nahezu verdoppelt worden. Sie lag 1983 bei 28,5 Arbeitstagen.

Gestiegene Reiselust

Im Zeitraum April 1981 bis März 1982 unternahmen 30,8 Mill. Personen, d. h. die Hälfte der Bevölkerung, Urlaubs- und Erholungsreisen von mindestens fünftägiger Dauer. 4,8 Mill. Urlauber verreisten zweimal und 1,4 Mill. sogar dreimal oder noch öfter. Insgesamt wurden 39 Mill. Reisen unternommen.

59 % der Ferienreisen führten ins Ausland und 41 % an einen inländischen Urlaubsort. Bevorzugte Zielländer im Bundesgebiet waren Bayern (30 %), Schleswig-Holstein (16 %), Baden-Württemberg (15 %) und Niedersachsen (13 %). Die beliebtesten Ziele im Ausland waren Österreich (23 %), Italien (17 %), Spanien (11 %), Jugoslawien (8 %) und Frankreich (8 %).

Als Verkehrsmittel wurde am häufigsten sowohl für Inlandsreisen (66 %) als auch für Auslandsreisen (60 %) der Personenkraftwagen benutzt. Mit deutlichem Ab-

stand folgten Bahnreisen. Im Reiseverkehr mit dem Ausland ist der Anteil von Flugreisen besonders hoch (20 %).

Urlaubs- und Erholungsreisen in Mill.				
Reisende / Verkehrsmittel	1968 / 1969 ¹⁾	1972 ²⁾	1977 / 1978 ³⁾	1981 / 1982 ⁴⁾
Reisende				
Insgesamt	22,0	24,3	29,1	30,8
Reisen Inland⁵⁾				
Insgesamt	15,7	12,7	16,3	16,1
davon mit:				
Pkw	8,5	7,6	10,9	10,5
Eisenbahn	5,7	4,0	3,9	3,6
Flugzeug	0,3	0,2	0,1	0,1
Bus	1,1	0,8	1,0	1,4
sonstigem Verkehrsmittel	0,1	0,2	0,3	0,4
Ausland				
Insgesamt	10,4	14,8	20,6	23,0
davon mit:				
Pkw	6,6	9,1	13,1	13,7
Eisenbahn	1,6	2,0	1,9	1,8
Flugzeug	1,3	2,7	3,9	4,7
Bus	0,7	0,7	1,3	2,1
sonstigem Verkehrsmittel	0,1	0,3	0,4	0,7

¹⁾ Oktober 1968 bis September 1969.

²⁾ Januar bis Dezember 1972.

³⁾ April 1977 bis März 1978.

⁴⁾ April 1981 bis März 1982.

⁵⁾ Einschl. Reisen in die DDR und nach Berlin (Ost).

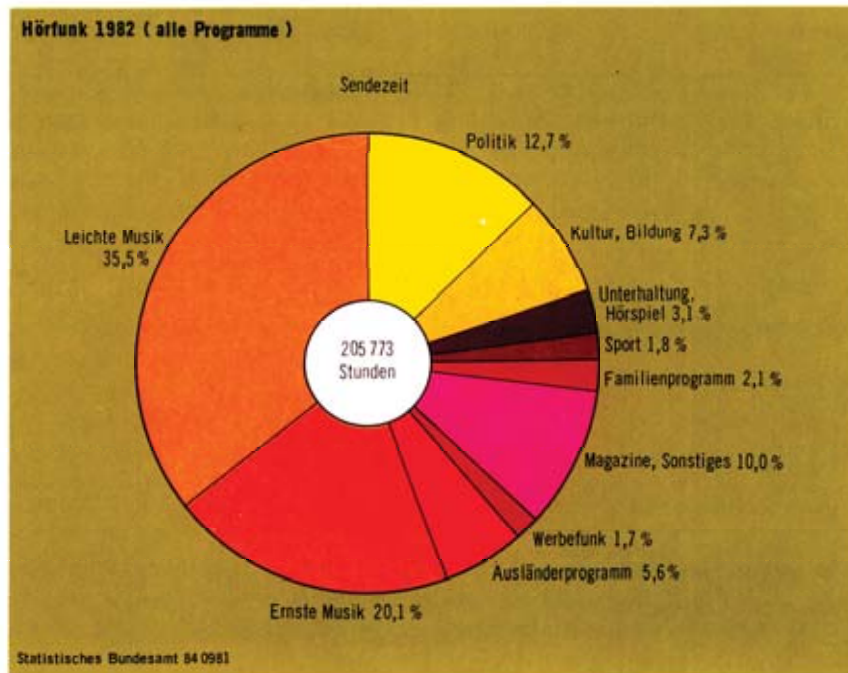
Hörfunk und Fernsehen

1982 gab es 24 Mill. Hörfunk- und 22 Mill. Fernsehteilnehmer bei einer Gesamtzahl von 25 Mill. Haushalten. Anfang der sechziger Jahre waren 16 Mill. Hörfunkgeräte, aber erst 4,6 Mill. Fernsehgeräte angemeldet (1961: 19 Mill. Haushalte).

Zeitungen und Zeitschriften

1982 erschienen in der Bundesrepublik Deutschland 1 219 Zeitungen (364 Haupt- und 855 Nebenausgaben) mit einer durchschnittlichen Verkaufsauflage von ungefähr 26 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag. Ein vollständiger Jahrgang einer Durchschnittszeitung umfaßte 1982 annähernd 7 500 Seiten, und zwar 61 % mit redaktionellen Beiträgen und 39 % mit Anzeigen. 33,9 % der gesamten Verkaufsauflage entfielen 1982 allein auf die Hauptausgaben der drei größten Zeitungen.

Außerdem wurden 1982 in der Bundesrepublik 6 572 Zeitschriften herausgegeben mit einer Gesamtauflage von 253 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag.

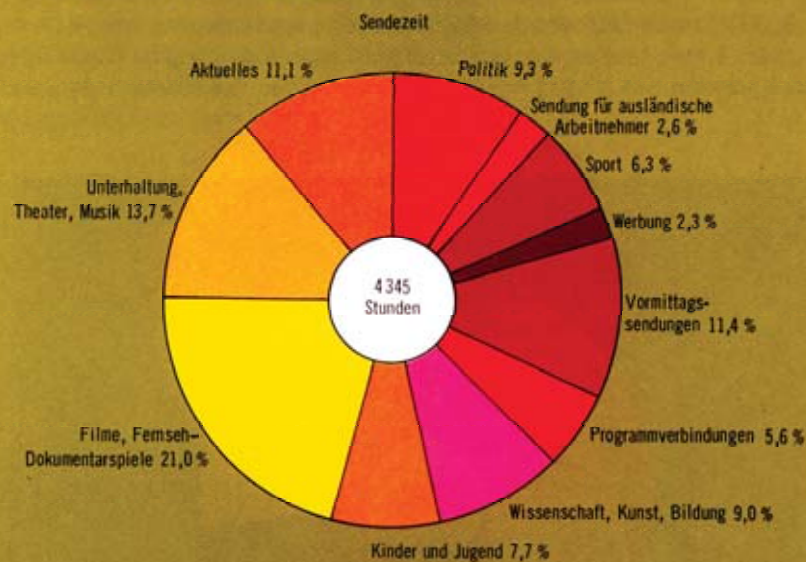


Bücher und Bibliotheken

Auch bei veränderten Informationsmöglichkeiten und -gewohnheiten haben Bücher ihre Bedeutung als Quelle des Wissens und der Unterhaltung behauptet. 1982 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 48 730 Erst- und 12 602 Neuauflagen gezählt, gegenüber 17 639 bzw. 4 885 im Jahr 1960. Damit hat sich die Titelproduktion innerhalb von 20 Jahren fast verdreifacht, allerdings ging sie gegenüber 1980 um 9 % zurück.

Bei etwa zwei Dritteln der 1982 erschienenen Buchtitel handelt es sich um Fachliteratur aus den Gebieten Wissenschaft, Politik, Erziehung, Kunst und Kultur. Schöne Literatur hatte einen Anteil von 18 %. Auf Jugendschriften und Schulbücher entfielen 7 % und 6 %, auf Karten und Kartenwerke 5 %.

Fernsehprogramm 1983 (Zweites Deutsches Fernsehen)



Statistisches Bundesamt 64 0980

Kulturelle Einrichtungen

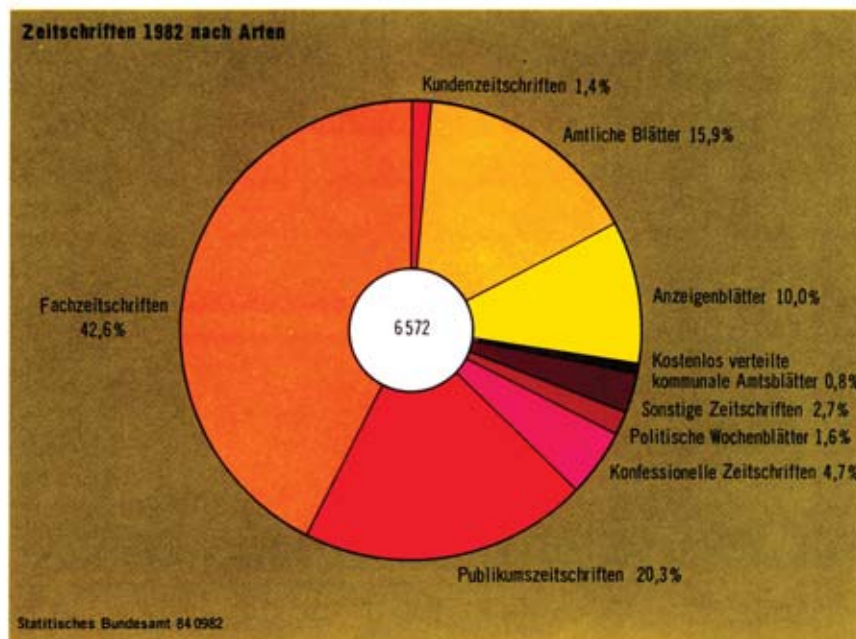
Einrichtung	Einheit	1960	1970	1982
Hörfunk und Fernsehen				
Hörfunkteilnehmer	1 000	15 892	19 622	24 158
Fernsehteilnehmer	1 000	4 637	16 675	21 836
Presse				
Zeitungen ¹⁾	Anzahl			1 219
Verkaufsaufgabe ²⁾	1 000			25 882
Zeitschriften	Anzahl			6 572
Verbreitete Auflage ³⁾	1 000			252 774
Buchproduktion				
Erstauflagen	Anzahl	17 639	38 703	48 730
Neuaufgaben	Anzahl	4 885	8 393	12 602
Bibliotheken	Anzahl			18 819
dar.: Hochschulbibliotheken	Anzahl			3 384
Öffentliche Theater				
Theater	Anzahl	137	194	258
Plätze	1 000	90	127	145
Besucher	1 000	19 878	17 655	17 055

¹⁾ Haupt- und Nebenausgaben.

²⁾ Je Erscheinungstag.

³⁾ Verkaufte und unentgeltlich abgegebene Auflage je Erscheinungstag.

Der Zugang zum Buchwissen wird durch den Ausbau des Bibliothekwesens erleichtert. 1982 gab es im Bundesgebiet insgesamt 18 819 Bibliotheken, darunter 3 384 im Hochschulbereich. 34 Bibliotheken hatten einen Bestand von jeweils mehr als 1 Mill. Bänden. Die meisten Bibliotheken standen 1982 in der Trägerschaft von Kirchen (7 721), Kreisen und Gemeinden (5 839) sowie der Länder (3 611).



Museen

Museen und Ausstellungen stoßen bei der Bevölkerung auf reges Interesse. 1982 zählten 1 454 Museen zusammen 52,4 Mill. Besucher. Am häufigsten wurden das Deutsche Museum in München (1,3 Mill.), Schloß Neuschwanstein (1,1 Mill.) und die Internationale Flugzeugschau im Frankfurter Flughafen (0,9 Mill.) besucht.

Theater

In der Spielzeit 1982/83 unterhielten 74 Gemeinden 258 öffentliche Theater (Spielstätten) mit insgesamt 144 800 Plätzen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl

dieser Gemeinden entspricht das einem Platzangebot von 7,2 je 1 000 Einwohner. Die insgesamt 32 200 Aufführungen am Ort verzeichneten 17,1 Mill. Besucher, also durchschnittlich etwa 530 je Veranstaltung. Mit 6,3 Mill. Zuschauern lagen Oper und Ballett hinsichtlich der Besucherzahlen an der Spitze. Es folgten Schauspiele mit 6,0 Mill., Operetten und Musicals mit 2,5 Mill. Besuchern. Kinder- und Jugendstücke sahen sich 1,5 Mill. Personen an.

Verzeichneten die Theater in der Spielzeit 1964/65 noch 20,4 Mill. Zuschauer, waren es 1972/73 — bei nahezu gleichbleibender Veranstaltungszahl — nur noch 17,2 Mill. Seither ist die Besucherzahl etwa auf gleichem Niveau geblieben.

Die öffentlichen Theater erhalten zur Deckung ihrer Ausgaben seit jeher Zuschüsse, insbesondere von Ländern und Gemeinden. In der Spielzeit 1982/83 lag der Zuschuß je Besucher im Durchschnitt bei 94,— DM.

Kino

1981 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 1 243 Kinobetriebe mit insgesamt 3 144 Spielstellen. In jeder liefen im Durchschnitt 930 Vorstellungen pro Jahr. Durchschnittlich konnte jede Spielstelle bei einer Kapazität von 225 Sitzplätzen nur 43 Eintrittskarten je Vorstellung verkaufen. So wurde nur knapp jeder fünfte Platz genutzt. Größeren Zuspruch hatten die 12 Autokinounternehmen, bei denen im Durchschnitt 40 % der Stellplätze ausgenutzt wurden.

Die höchsten Besucherzahlen hatten die Filmtheater in den Jahren 1954 bis 1958 mit jährlich mehr als 700 Mill., das waren rechnerisch 14 bis 15 Besuche je Einwohner und Jahr. Bis 1976 ging dann der Kinobesuch kontinuierlich zurück. 1976 wurden nur noch rd. 103 Mill. Eintrittskarten verkauft. Gleichzeitig sank die Zahl der Filmtheater zwischen 1959 und 1976 auf weniger als die Hälfte. Von 1977 bis 1979 registrierten die Kinobesitzer wieder leicht steigende Besucherzahlen. 1981 (126 Mill.) war die Zahl der Besucher gegenüber 1979 erneut rückläufig.

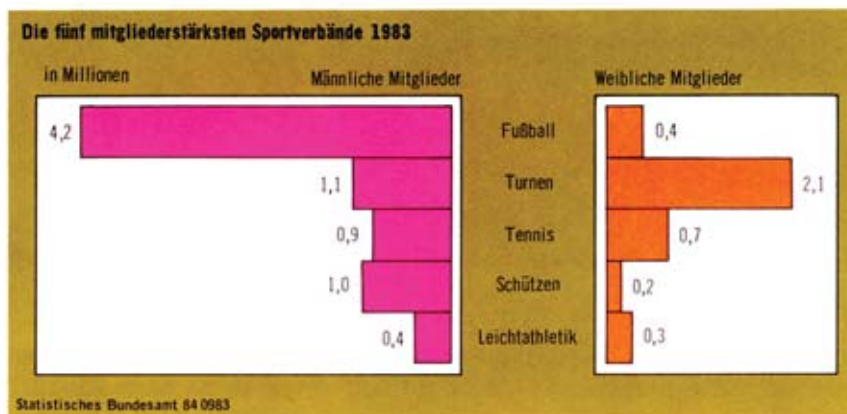
Gesangvereine

Der Deutsche Sängerbund hatte 1983 1,7 Mill. Mitglieder, davon 637 000 singende und mehr als 1 Mill. fördernde. 1960 lag seine Mitgliederzahl erst bei 1,3 Mill. Insgesamt gab es 1983 einschließlich der Kinder- und Jugendchöre 18 680 Bundeschöre, darunter 9 621 reine Männerchöre und 1 589 reine Frauenchöre.

Sportvereine

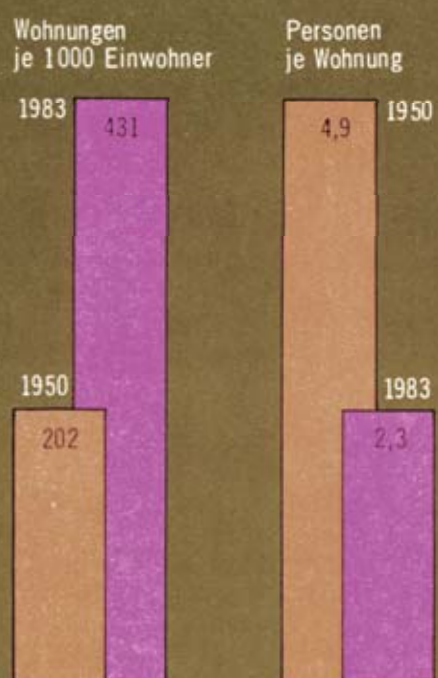
Zwischen 1970 und 1984 hat sich die Zahl der Mitglieder des Deutschen Sportbundes von 8,3 Mill. auf 16,0 Mill. erhöht. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Vereine von 39 201 auf 59 717. Der Vereinssport findet mehr Anhänger unter Männern als unter Frauen. Von den Mitgliedern des Deutschen Sportbundes im Jahr 1984 waren zwei Drittel Jungen oder Männer. Insbesondere die Jugend zieht es zu Sportvereinen. Ein Drittel der Mitglieder ist jünger als 19 Jahre.

Gemessen an den Mitgliederzahlen steht der Fußball unter den Sportarten mit Abstand an der Spitze der Beliebtheitsskala. Mit 4,2 Mill. männlichen und 0,4 Mill. weiblichen Mitgliedern stellen die Fußballvereine 28,3 % aller Beitragszahler des Deutschen Sportbundes. Es folgen Turnvereine mit 3,4 Mill. Mitgliedern (1984). Turnen gehört neben dem Tanzsport und Reiten zu den wenigen Sportarten, bei denen Frauen in den Vereinen zahlenmäßig dominieren. Unter den übrigen Sportverbänden übersteigt nur noch die Mitgliedschaft in Tennis- und Schützenvereinen die Millionengrenze.



Im Blickpunkt: Der Mensch . . .

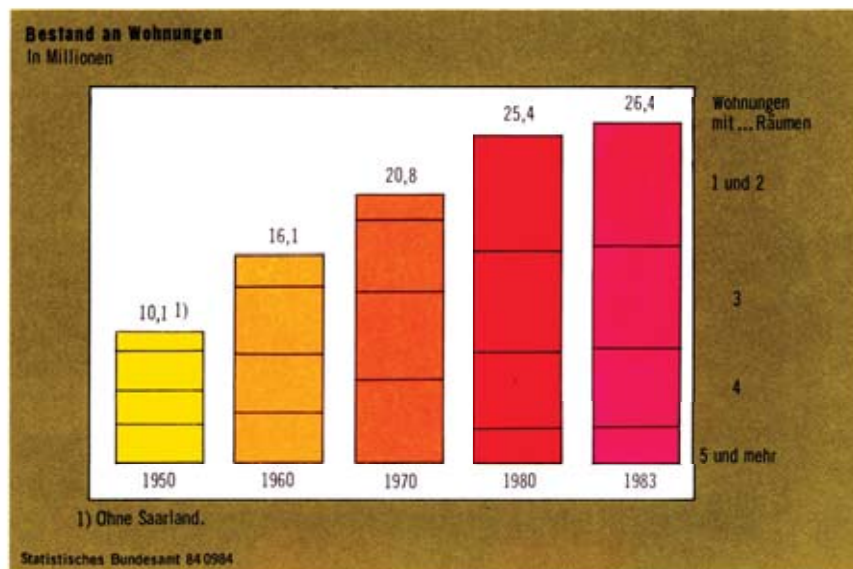
. . . und seine Wohnung



... und seine Wohnung

Wohnungsversorgung

Von 1950 bis 1983 ist der Wohnungsbestand auf gut das Zweieinhalbfache angestiegen. Kamen 1950 rechnerisch auf 1 000 Einwohner 202 Wohnungen, so waren es 1983 bereits 431. Gleichzeitig erhöhte sich die durchschnittliche Raumzahl¹⁾ von 4,07 Räumen je Wohnung im Jahr 1950 auf 4,23 im Jahr 1983. Besonders ins Auge fällt die überproportionale Zunahme der Wohnungen mit nur einem Raum sowie der Wohnungen mit fünf und mehr Räumen.

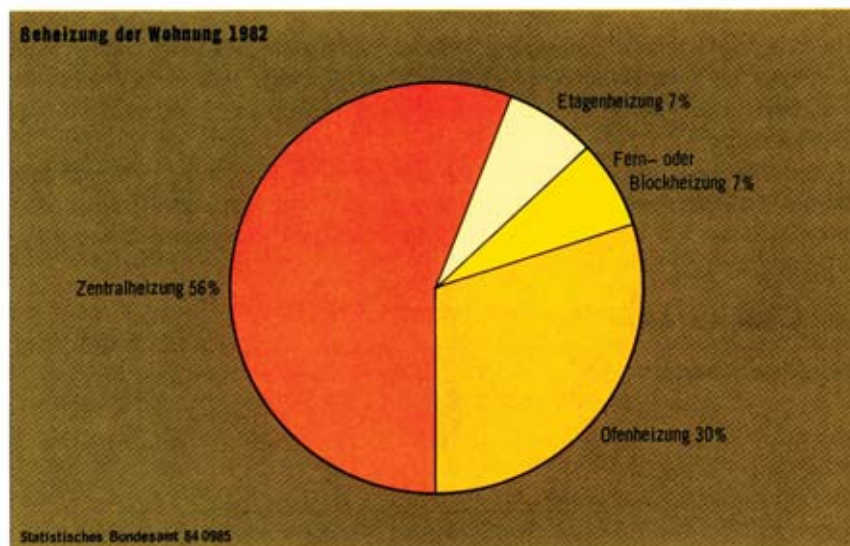


Da die Haushalte mehr Räume bewohnen, hat sich auch die Belegungsdichte der Wohnungen vermindert. Sie lag 1983 bei 2,3 Personen je Wohnung im Vergleich zu 4,9 im Jahr 1950. Jeder Person standen rechnerisch 31,1 qm Wohnfläche zur Verfügung.

¹⁾ Als Raum gelten in der Wohnungsstatistik alle Wohn- und Schlafräume mit einer Fläche von mindestens 6 qm sowie sämtliche Küchen, unabhängig von ihrer Größe.

Wohnungsausstattung

Neben der quantitativen Versorgung mit Wohnraum hat sich auch die Ausstattung der Wohnungen verbessert. Bad und Sammelheizung¹⁾ sind heute für nahezu alle neu fertiggestellten Wohnungen selbstverständlich. Gemessen am gesamten Wohnungsbestand waren 1982 in 90 % aller Wohnungen Bad und WC vorhanden (1972: 78 %). 70 % der Wohnungen hatten 1982 Sammelheizung (1972: 42 %). In dem relativ kurzen Zeitraum von 1978 bis 1982 haben sich deutliche Umschichtungen bei den Heizenergiearten vollzogen. In den mit Zentral- oder Etagenheizung ausgestatteten Wohneinheiten wurden 1982 zu 61,8 % Heizöl (1978: 69,6 %), zu 32,8 % Gas (1978: 23,2 %), zu 3,3 % Koks/Kohle (1978: 5,3 %) und zu 2,1 % Strom (1978: 1,9 %) eingesetzt. Unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung und des Lärmschutzes ist die Ausstattung mit Doppel-, Verbund- oder Isolierglasfenstern ein wichtiges Qualitätsmerkmal. 1978 waren 43 % der Wohneinheiten damit ausgestattet. Ein Balkon bzw. Loggia war in 45 % der Wohnungen vorhanden.



Die Ausstattung der Wohnung hängt eng mit dem Baujahr des Gebäudes zusammen. Altbauwohnungen (bis 1948 errichtet) verfügen weniger häufig über Sammelheizung, Wärme- und Lärmisolierung sowie Balkon oder Loggia.

¹⁾ Zentral-, Etagen-, Block- oder Fernheizung.

Wohnungen 1982 nach dem Baujahr

33 %	17 %	25 %	7 %	18 %
bis 1948	1949 – 1957	1958 – 1968	1969 – 1971	1972 und später

Statistisches Bundesamt 84 0986

Wohnumfeld

Die Qualität einer Wohnung hängt in hohem Maße auch von ihrem Wohnumfeld ab, insbesondere von der städtebaulichen Lage, der verkehrsmäßigen Erschließung, der Nähe wichtiger Versorgungseinrichtungen sowie der möglichen Beeinträchtigung durch Lärm, Luftverschmutzung usw.

Von den in der Wohnungsstichprobe 1978 befragten Haushalten gaben drei Viertel an, daß ihre Wohnung nicht mehr als zehn Gehminuten von der nächsten Einkaufsmöglichkeit entfernt ist. Einen praktischen Arzt konnten 56 % in dieser Zeit zu Fuß erreichen, 69 % der Haushalte hatten Parks, Grünanlagen, Wiesen oder Wälder in nächster Umgebung. Von den Haushalten mit Kindern hatten 58 % nicht mehr als zehn Gehminuten zum nächsten Kindergarten, für 53 % war eine Grundschule und für 62 % ein öffentlicher Kinderspielfeld in höchstens dieser Zeit erreichbar.

Bei der Beantwortung der Fragen nach der Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld fällt auf, daß sich relativ viele Haushalte durch Lärm und Luftverschmutzung belastigt fühlen. Ein erheblicher Teil klagt auch über eine mangelhafte Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten.

Beurteilung des Wohnumfeldes 1978

Versorgung bzw. Belastung	Beurteilung der Haushalte				
	gut	mittel- mäßig	sollte besser sein	unzu- mutbar	keine Meinung, keine Angabe
	% der Haushalte				
Versorgung mit					
Einkaufsmöglichkeiten	53	20	17	3	7
ärztlichen Diensten	61	14	14	3	8
Grün- und Freiflächen	66	15	11	1	7
öffentl. Verkehrsmitteln	62	16	13	2	7
Belastung durch					
Lärm	41	27	14	7	11
Luftverschmutzung	50	22	10	4	14

Mietausgaben

Für 60 von 100 Wohneinheiten mußte 1982 Miete gezahlt werden, die restlichen 40 wurden von Eigentümern bewohnt. 1956 lag der Anteil der Eigentümerwohneinheiten erst bei 28 %.

Die Mietbelastung, d. h. der Anteil vom Einkommen, den Haushalte für ihre Wohnungsversorgung aufwenden, betrug 1982 für fast 40 % der Hauptmieterhaushalte weniger als 15 %. Für 37 % lag die Belastung bei 15 bis 25 %, und 23 % mußten ein Viertel und mehr ihres Einkommens für Miete ausgeben. In der Regel ist die Mietbelastung um so geringer, je länger sich der Haushalt in der Wohnung befindet und je älter das Wohngebäude ist.

Wohnsituation älterer Menschen

Die Haushalte älterer Menschen verfügen insgesamt je Person über mehr Wohnraum als jüngere Haushalte. So kamen 1982 bei Haushalten mit einem Haushaltsvorstand von 65 Jahren und mehr auf jede Person ca. 44 m² im Vergleich zu rd. 32 m² je Person bei jüngeren Haushalten. Allerdings liegen die Wohnungen älterer Menschen häufiger in Altbauten und sind schlechter ausgestattet. Von diesen Wohnungen verfügten 1982 nur 58 % über Bad, WC und Sammelheizung, gegenüber 69 % der jüngeren Haushalte.

Wohnsituation großer Haushalte

Haushalte mit fünf und mehr Personen (1982: 8 % aller Haushalte) haben es oft besonders schwer, eine Wohnung zu finden, die ihren Bedürfnissen und ihrem Einkommen gleichermaßen gerecht wird. Dies mag dazu beigetragen haben, daß unter den großen Haushalten der Anteil der Eigentümer 1982 mit 65 % um mehr als zwei Drittel höher lag als bei den kleineren Haushalten mit weniger als fünf Personen (38 %). Die großen Eigentümerhaushalte verfügen zu 82 % über eine Wohnfläche von 100 m² und mehr. Bei den großen Haushalten in Mietwohnungen ist die Versorgungslage deutlich schlechter. Von ihnen hatten 1982 70 % weniger als 100 m² zur Verfügung, etwa 10 % mußten sich sogar mit einer Wohnfläche von unter 60 m² bescheiden.

Wohnsituation ausländischer Familien

Auch die Haushalte ausländischer Familien (1982: 5 % aller Haushalte) leben häufig in sehr beengten Wohnverhältnissen. Ihre Wohnungen liegen zudem in der

Regel in älteren und schlechter ausgestatteten Gebäuden. So waren beispielsweise 1982 nur 47 % der ausländischen, aber 67 % der deutschen Haushalte mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet. Allerdings zahlten auch über die Hälfte der Haushalte von Ausländern weniger als 15 % ihres Einkommens für Miete (deutsche Haushalte: 38 %).

Wohnsituation der Haushalte 1982

Haushaltstyp	Fläche je Wohneinheit	Ausstattung mit Bad, WC und Sammel- heizung	Durchschnitts- Miete je Wohnung ¹⁾	Miet- belastung ²⁾ unter 25 % ³⁾
	m ²	%	DM	%
Alle Haushalte	82	66,2	x	x
Eigentümerhaushalte	105	70,9	x	x
Hauptmieterhaushalte	67	63,0	357	76,6
Ausgewählte Haushalte				
Haushalte junger Menschen ³⁾	55	59,0	322	63,1
Haushalte älterer Menschen ⁴⁾	69	58,4	295	72,6
1-Pers.-Haushalte	58	59,2	300	64,1
5-und-mehr-Pers.- Haushalte	118	66,9	437	81,6
Deutsche Haushalte	83	67,2	359	76,0
Ausländische Haushalte	64	47,1	338	83,0

¹⁾ Nur bei Hauptmieterhaushalten.

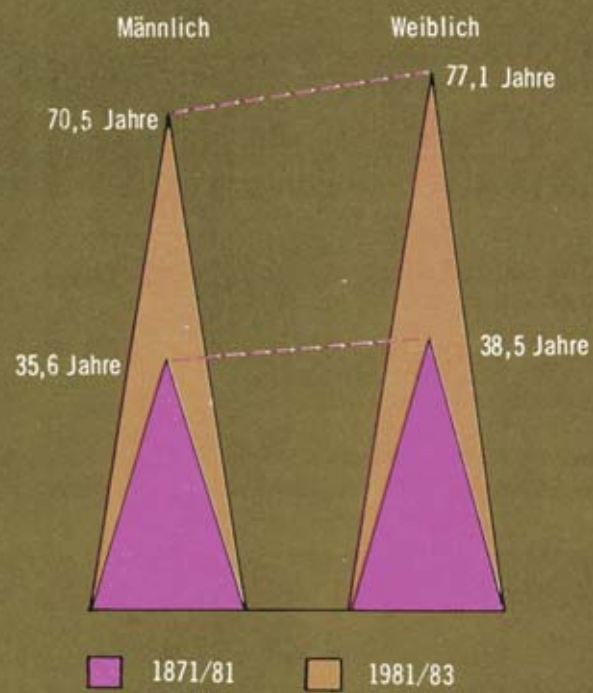
²⁾ Anteil der Miete am Einkommen.

³⁾ Wohnungsinhaber unter 25 Jahre.

⁴⁾ Wohnungsinhaber über 65 Jahre.

Im Blickpunkt: Der Mensch und seine Gesundheit

Lebenserwartung der Neugeborenen



... und seine Gesundheit

Lebenserwartung in 100 Jahren verdoppelt

Dank des medizinischen Fortschritts und der verbesserten Lebensbedingungen ist die Lebenserwartung kontinuierlich gestiegen. Gegenwärtig beträgt sie für neugeborene Jungen 70,5 Jahre und für Mädchen 77,1 Jahre. Frauen werden also im Durchschnitt fast 7 Jahre älter als Männer. Vor hundert Jahren war dieser Unterschied weniger stark ausgeprägt. In den Jahren 1871/81 hatten Jungen eine Lebenserwartung von 35,6 Jahren und Mädchen von 38,5 Jahren. Damals starben noch 25 % der männlichen und 22 % der weiblichen Säuglinge im ersten Lebensjahr. Inzwischen ist die Sterblichkeit im 1. Lebensjahr auf 1,1 % bei Jungen und 0,9 % bei Mädchen zurückgegangen. Im internationalen Vergleich bleibt die Bundesrepublik Deutschland allerdings hinter anderen hochentwickelten Ländern wie Japan, den skandinavischen Ländern, den Niederlanden, der Schweiz und Frankreich deutlich zurück. An Komplikationen der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett sind 1950 noch 206 Mütter je 100 000 Lebendgeborene gestorben, 1982 waren es 17,7.

Jeder sechste bezeichnete sich als krank

In der Mikrozensusbefragung werden alle 2 Jahre auch Fragen nach der Gesundheit gestellt. 15 % der Befragten bezeichneten sich 1982 zum Zeitpunkt der Erhebung als krank oder gaben an, in den davorliegenden vier Wochen krank gewesen zu sein. Jeder hundertste hatte in dieser Zeitspanne bei einem Unfall Verletzungen erlitten. Fast zwei Drittel der Kranken hatten chronische Leiden, 58 % gaben an, bereits länger als ein Jahr krank zu sein.

Die Krankheitshäufigkeit lag bei Frauen (16,8 %) höher als bei Männern (13,4 %). Dagegen waren Männer (1,4 %) häufiger von Unfallverletzungen betroffen als Frauen (0,8 %). Unter den Krankheitsarten überwogen die Krankheiten der Atmungsorgane (21 %), des Kreislaufsystems (21 %) und des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes (19 %).

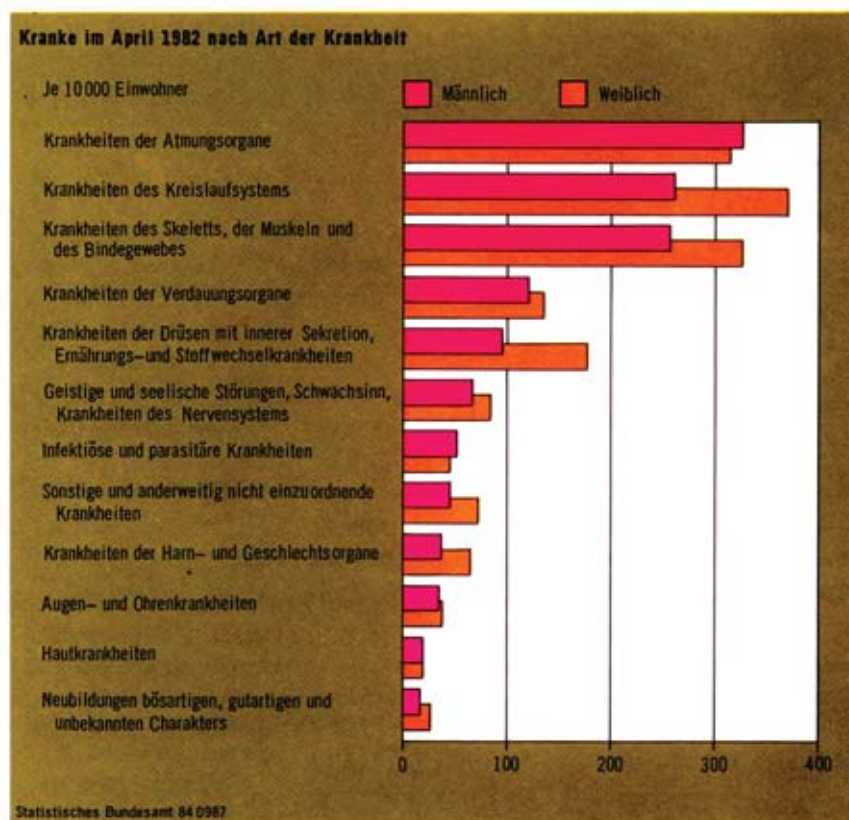
Todesursachen

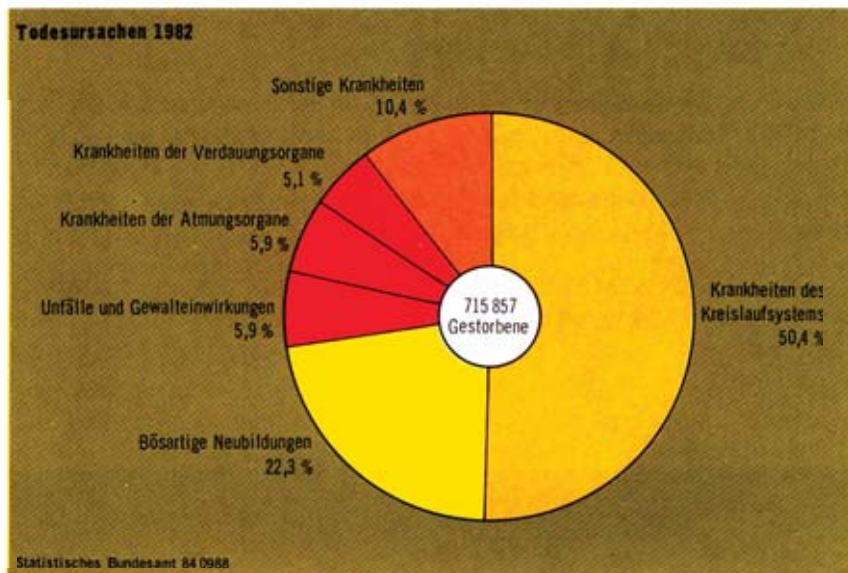
Gegenwärtig ist rd. die Hälfte aller Sterbefälle auf ein Versagen des Herz-Kreislauf-Systems zurückzuführen (1960: 40 %). In 22 % der Fälle waren 1983 bösartige

Neubildungen die Todesursache (1960: 18 %). Auf Infektionskrankheiten entfielen 1983 weniger als 1 % der Todesfälle (1960: 1,9 %).

Unfälle und Gewalteinwirkungen forderten 1983 in der Bundesrepublik Deutschland 41 000 Todesopfer, das waren 5,8 % der Sterbefälle. Männer starben häufiger an „unnatürlichen“ Todesursachen als Frauen. Allein 11 000 Menschen kamen durch Kraftfahrzeugunfälle ums Leben; davon war die Hälfte jünger als 35 Jahre.

Freiwillig schieden 1983 13 075 Personen aus dem Leben (1,8 % aller Sterbefälle). Je 100 000 Einwohner waren das 21,3 Selbstmorde im Vergleich zu 19,4 im Jahre 1960. Diese Ziffer lag bei Männern mit 29,0 mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen (14,3).





Meldepflichtige Krankheiten

Die Infektionskrankheiten wie Tuberkulose, Hirnhautentzündung, Kinderlähmung, Pocken, Diphtherie gehören zu den meldepflichtigen Krankheiten. Sie sind durch bessere Lebensbedingungen und Schutzimpfungen eingedämmt worden und treten heute nur noch vereinzelt auf. Besonders eindrucksvoll ist der Rückgang der Erkrankungen an Tuberkulose von rd. 70 300 im Jahr 1960 auf 19 600 im Jahr 1983. Die Erkrankungen an Salmonellose haben seit 1960 um etwa das Elfache auf 35 000 im Jahr 1983 zugenommen. An Virus-Hepatitis wurden mehr als 16 000 Fälle gezählt.

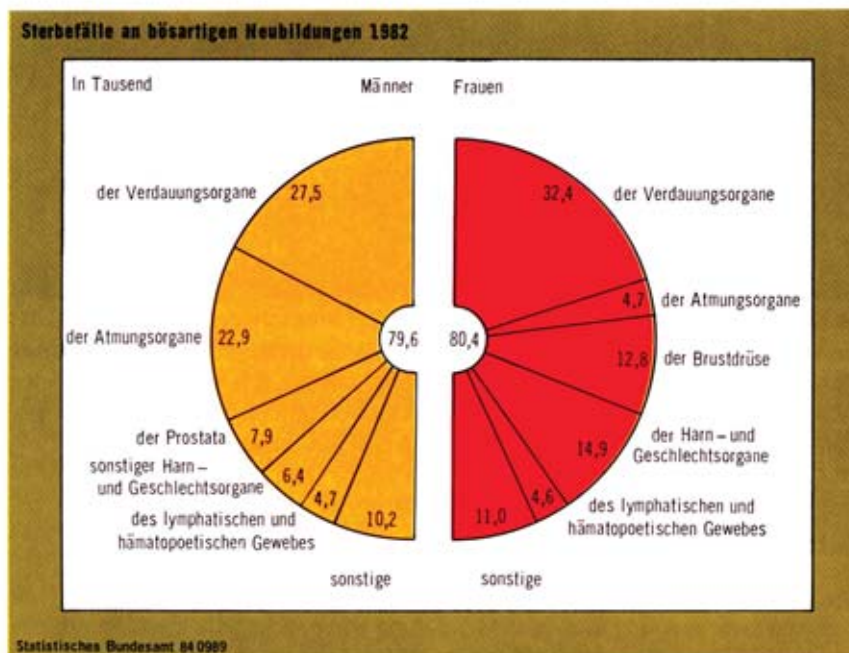
Bessere gesundheitliche Versorgung

Zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung waren in der Bundesrepublik Deutschland Ende 1982 rd. 146 000 Ärzte, 34 000 Zahnärzte, 30 000 Apotheker und 277 000 Krankenpflegepersonen tätig. Von den Ärzten arbeiteten rd. 44 Prozent in freier Praxis, 47 Prozent hauptamtlich im Krankenhaus und 9 Prozent in Verwaltung und Forschung. Ein Arzt hatte 1982 421 Einwohner zu betreuen, gegenüber 673 im Jahr 1960.

Die Zahl der Zahnärzte ist zwischen 1960 und 1982 nur geringfügig gestiegen.

Bedingt durch die Bevölkerungszunahme führte dies dazu, daß 1982 auf einen Zahnarzt im Durchschnitt 1 827 Einwohner kamen, gegenüber 1 642 im Jahr 1960. Die Zahl der Apotheken hat sich zwischen 1960 und 1982 um über 80 % von 9 200 auf 16 900 erhöht.

1982 standen in 3 130 Krankenhäusern 684 000 planmäßige Betten zur Verfügung, rd. 100 000 mehr als 1960. Im Gegensatz dazu hat die Zahl der Krankenhäuser im gleichen Zeitraum abgenommen. Der durchschnittliche Bettenbestand eines Krankenhauses betrug 1982 218, gegenüber 162 im Jahr 1960. Die durchschnittliche Verweildauer der Patienten ist von 28,7 Tagen im Jahr 1960 auf 18,7 Tage im Jahr 1982 gesunken. Gleichzeitig ging die durchschnittliche Bettenauslastung von 93,2 Prozent (1960) auf 83,5 Prozent (1982) zurück.



Behinderte

Als Behinderte gelten Personen, die in ihrer Erwerbstätigkeit um wenigstens 30 v. H. eingeschränkt sind. Ende 1981 waren 5,5 Mill. Behinderte bei den Versorgungsämtern gemeldet. Davon waren 85 % als schwerbehindert eingestuft, d. h. in ihrer Erwerbsfähigkeit um 50 v. H. und mehr gemindert. 54 % der Behinderten

Einrichtungen und Berufe des Gesundheitswesens

	1960	1982
	1000	
Ärzte		
in freier Praxis	49,2	64,3
mit hauptberuflicher Krankenhaus­tätigkeit	22,6	68,8
in Verwaltung und Forschung	7,5	13,2
insgesamt	79,3	146,2
davon:		
Fachärzte/Ärzte mit Gebietsbezeichnung	32,4	68,3
Ärzte ohne Facharzt­tätigkeit/Ärzte ohne Gebietsbezeichnung	47,0	77,9
Krankenpflegepersonen (ohne Schüler)	141,8	277,3
Zahnärzte	32,5	33,7
Apotheken	9,2	16,9
Apotheker ¹⁾	15,8	29,8
Krankenhäuser	3,6	3,1
Betten in Krankenhäusern	583,5	683,6

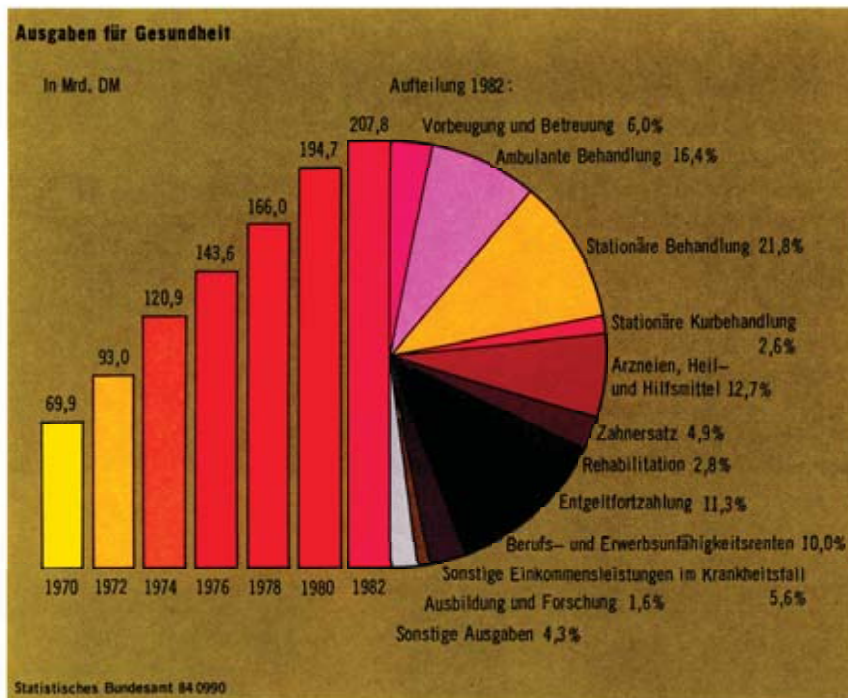
¹⁾ 1960: nur in Apotheken tätige Apotheker.

waren männlichen und 46 % weiblichen Geschlechts. Bei knapp drei Viertel der Behinderten war eine Krankheit (einschließlich Impfschaden) die Ursache der Behinderung, bei 4 % war die Behinderung angeboren. 6 % hatten dauernde Schäden in Krieg, bei Wehr- oder Zivildienst erlitten, 2 % waren infolge eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit beeinträchtigt, und bei weiteren 2 % hatten Unfälle im Verkehr oder im Haus zur Behinderung geführt.

Ausgaben für die Gesundheit

Die Ausgaben für die Erhaltung und die Wiederherstellung der Gesundheit, für Krankheitsvorbeugung und für die Milderung von Krankheitsfolgen stiegen zwischen 1970 und 1982 mit fast 200 % erheblich stärker als das Bruttosozialprodukt (136 %). Insgesamt erhöhten sie sich in diesem Zeitraum von 69,9 Mrd. DM auf 207,8 Mrd. DM. Je Einwohner beliefen sich die Ausgaben 1982 auf 3 372 DM.

Die höchsten Steigerungsraten je Einwohner hatten die Leistungsbereiche Zahn­ersatz (+ 408 %), stationäre Behandlung (ohne Kuren) (+ 281 %), vorbeugende und betreuende Maßnahmen (+ 241 %) sowie Arzneien, Heil- und Hilfsmittel (+ 232 %) zu verzeichnen.

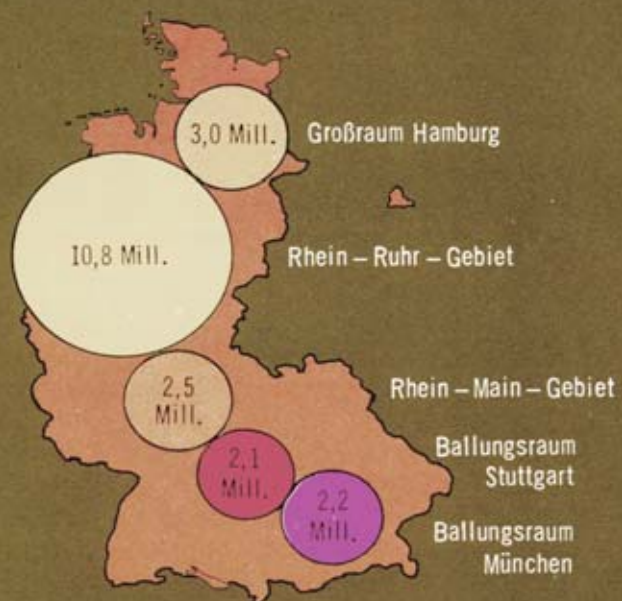


Krankenversicherung

Nahezu die gesamte Bevölkerung steht unter Krankenversicherungsschutz. Im April 1982 waren 55,3 Mill. Personen in den gesetzlichen Krankenkassen versichert. Davon waren 21,3 Mill. pflichtversichert, 4,0 Mill. freiwillige Mitglieder, 9,8 Mill. als Rentner versichert und 20,3 Mill. mitversicherte Familienangehörige. Die privaten Krankenkassen hatten insgesamt 4,9 Mill. Mitglieder, darunter 1,6 Mill. als Familienmitglied Mitversicherte.

Im Blickpunkt: Der Mensch und seine Umwelt

Bevölkerung in den Ballungsräumen 1983



... und seine Umwelt

Hohe Siedlungsdichte

Mit 247 Einwohnern je Quadratkilometer gehört die Bundesrepublik Deutschland zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Erde. In Europa haben nur die Niederlande und Belgien eine noch höhere Bevölkerungsdichte (352 bzw. 323 Einwohner je Quadratkilometer).

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in Großstädten oder deren Umland. Gegenwärtig gibt es in der Bundesrepublik Deutschland 65 Städte mit über 100 000 Einwohnern, darunter die Millionenstädte Berlin (West) mit 1,9 Mill., Hamburg mit 1,6 Mill. und München mit 1,3 Mill. Einwohnern. Seit Mitte der siebziger Jahre ist ein leichter Rückgang der großstädtischen Einwohnerzahlen zu beobachten. Bei dieser Abwanderung handelt es sich jedoch zumeist um eine Verlegung des Wohnsitzes in Randbezirke und Vororte.

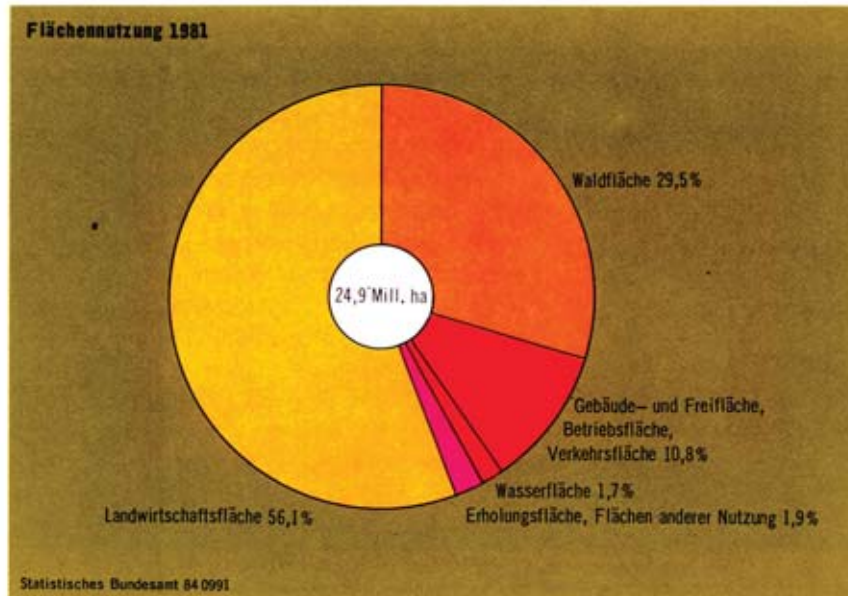
Der mit Abstand größte Ballungsraum ist das Rhein-Ruhr-Gebiet mit 10,7 Mill. Einwohnern. Weitere bedeutende Verdichtungsräume sind der Großraum Hamburg (3,0 Mill.), das Rhein-Main-Gebiet (2,5 Mill.) sowie die Ballungszentren München (2,2 Mill.) und Stuttgart (2,1 Mill.). Daneben gibt es einige relativ dünn besiedelte Regionen, die weniger als 100 Einwohner je Quadratkilometer aufweisen, wie z. B. die Lüneburger Heide, die Eifel, Niederbayern und die Oberpfalz.

Steigender Landschaftsverbrauch

Die hohe Bevölkerungsdichte und das industrielle Wachstum der vergangenen Jahrzehnte haben dazu geführt, daß Wohn-, Wirtschafts- und Verkehrszwecke immer mehr Boden beanspruchen. 1981 wurde hierfür ein Zehntel der Gesamtfläche benötigt. Die Landwirtschaftsfläche ist leicht zurückgegangen und erreichte 1981 einen Anteil von 56 %. Fast ein Drittel des Bundesgebietes ist mit Wald bedeckt. Durch Aufforstungen, insbesondere in Regionen mit wenig ertragreichen Böden, ist die Waldfläche in den vergangenen Jahrzehnten etwas ausgedehnt worden. Flüsse, Seen und Kanäle nehmen 1,7 % der Gesamtfläche ein.

Durch Eingriffe in den Naturhaushalt sind bereits zahlreiche Pflanzen- und Tierarten ausgestorben, andere in ihrem Bestand gefährdet. Zur Rettung der Artenvielfalt sind deshalb eine Reihe von Schutzgebieten eingerichtet worden. Anfang 1984 gab es 64 Naturparks mit einer Fläche von insgesamt 51 700 km², das ist

etwa ein Fünftel der Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland. Die 1 872 Naturschutzgebiete nahmen mit etwa 4 700 km² 1,9 % der Gesamtfläche ein. Darüber hinaus bestanden zwei Nationalparks mit einer Fläche von zusammen 340 km².



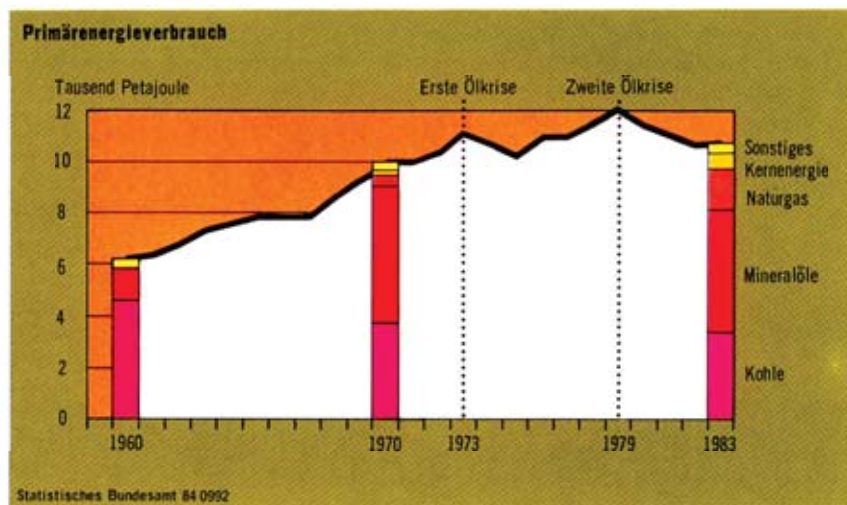
Energieverbrauch

Immer spürbarer werden die Belastungen für die Umwelt, die von dem hohen Energie- und Rohstoffbedarf ausgehen. Bis zur ersten Ölkrise 1973 nahm der Energieverbrauch kontinuierlich zu. Im Durchschnitt erhöhte er sich zwischen 1960 und 1973 von Jahr zu Jahr um 5,6 %¹⁾. Seither ist diese Entwicklung unterbrochen. 1974 und 1975 und dann wieder im Anschluß an die zweite Ölkrise 1980 und 1981 wurde sogar weniger Energie als in den jeweiligen Vorjahren eingesetzt. Zu dem bisher größten Verbrauch kam es 1979, als eine nahezu doppelt so große Energiemenge wie 1960 benötigt wurde.

Vor allem der Verkehrssektor hat seinen Energieverbrauch enorm gesteigert, und zwar von 1960 bis 1983 um 149 %. Er vereinigt auf sich gegenwärtig fast ein Viertel des Gesamtverbrauchs. Eine ähnlich hohe Zuwachsrate verzeichneten die privaten Haushalte und Kleinverbraucher mit 106 %, während die Industrie heute mit

¹⁾ Primärenergieverbrauch: Verbrauch der aus der Natur gewonnenen Energieträger.

einer nur um 7 % größeren Energiemenge als 1960 auskommt. Die Anteile dieser beiden Gruppen am Gesamtverbrauch haben sich umgekehrt entwickelt; 1983 entfielen 43 % auf die Haushalte und Kleinverbraucher (1960: 34 %) und nur noch 32 % auf die Industrie (1960: 49 %). Im Vergleich zu 1960 hat sich der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie um 46 % erhöht.



Die Luft ist stark belastet

Der hohe Schadstoffgehalt der Luft ist zum Umweltproblem Nr. 1 geworden. Alarmierende Meldungen über Waldsterben, Umkippen der Seen, angegriffene Kulturdenkmäler und nicht zuletzt zunehmende Erkrankungen der Atemwege machen Gegenmaßnahmen immer dringlicher. Vor allem muß die Emission von Schwefeldioxid, das den „sauren Regen“ mitverursacht, gedrosselt werden. Gegenwärtig werden in der Bundesrepublik Deutschland pro Jahr etwa 3 Mill. t¹⁾ Schwefeldioxid (SO₂) in die Luft abgegeben (das entspricht 1,5 Mill. t Schwefel). Rund 90 %²⁾ stammen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe. Mit einem Anteil von ca. 60 %²⁾ an der Gesamtemission von SO₂ sind die Kraftwerke und Fernheizwerke die Hauptemittenten.

¹⁾ 3. Immissionsschutzbericht der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 10/1354 vom 30. Mai 1984.

²⁾ Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Waldschäden und Luftverunreinigungen, Sondergutachten März 1983.

Die jährlichen Schwefelablagerungen belaufen sich auf 1,4 Mill. t, das sind rechnerisch fast 6 Gramm je Quadratmeter Boden. Etwa die Hälfte stammt aus eigenen Quellen, die andere Hälfte gelangt mit Wind und Wetter aus den Industriezentren der Nachbarländer, insbesondere aus dem Süden der DDR und aus Nordfrankreich, ins Bundesgebiet¹⁾).

Die Schadstoffe belasten nicht nur die industriellen Ballungsgebiete, sondern schädigen auch zunehmend dünn besiedelte Regionen. Nach der Waldschaden-Erhebung 1984 des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist inzwischen bereits die Hälfte der Waldfläche von mehr oder weniger starken Schäden betroffen; 1983 war es ein Drittel. Am höchsten ist die Schadensquote bei Tannen (87 %), Kiefern (59 %), Fichten (51 %) und Buchen (50 %). Die höchste Schadenzunahme gegenüber 1983 hatten Eichen und Buchen zu verzeichnen. Über 60 Prozent der geschädigten Waldfläche entfallen auf Bayern und Baden-Württemberg.

Waldschäden 1984*)

Bundesland/ Baumart	Waldfläche	Schwach geschädigt	Mittelstark geschädigt	Stark geschädigt und abgestorben	Ge- schädigte Wald- flächen zusammen
	1 000 ha	in % der Waldfläche			
Bundesgebiet	7 370	33	16	1,5	50
nach Bundesländern					
Schleswig-Holstein	137	16	10	1,6	27
Niedersachsen	962	27	9	0,9	36
Nordrhein-Westfalen	854	31	9	1,4	42
Hessen	829	34	8	0,7	42
Rheinland-Pfalz	755	34	8	0,6	42
Baden-Württemberg	1 303	42	22	2,0	66
Bayern	2 445	32	23	2,1	57
Saarland	74	24	6	1,6	31
nach Baumarten					
Fichte	2 886	31	19	1,6	51
Kiefer	1 470	38	20	1,3	59
Tanne	174	29	45	12,8	87
Buche	1 253	39	11	0,8	50
Eiche	620	35	9	0,4	43
Sonstige	967	24	7	1,0	31

*) Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

¹⁾ 3. Immissionsschutzbericht der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 10/1354 vom 30. Mai 1984.

Wohin mit dem Müll?

Mit dem Wohlstand wachsen auch die Müllberge. 1982 wurden 81,1 Mill. t Abfälle an die öffentlichen Abfallbeseitigungsanlagen angeliefert. Hinzu kamen 393 500 Altreifen und 88 600 Autowracks. Mit 42,8 Mill. t bestand über die Hälfte der angelieferten Abfallmenge aus Bodenaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch, mehr als ein Drittel (29,7 Mill. t) waren Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Straßenkehrschutt und Marktabfälle. Von der öffentlichen Müllabfuhr wurden 1982 insgesamt 23,1 Mill. t Haus- und Sperrmüll eingesammelt. Das entspricht einem Abfallanfall je Haushalt und Tag von gut zweieinhalb Kilogramm.

Im Produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern fiel 1982 eine Abfallmenge von rd. 190 Mill. t an. Davon waren allein 66 % Bauschutt und Bodenaushub. 15 % der gewerblichen Abfälle wurden an weiterverarbeitende Betriebe oder an den Altstoffhandel abgegeben, der Rest landete auf privaten oder öffentlichen Behandlungs- oder Beseitigungsanlagen.

Die öffentliche Hand unterhielt 1982 insgesamt 3 062 Deponien, 57 sonstige Anlagen (z. B. Sonderabfalldeponien, chemische oder physikalische Behandlungsanlagen), 44 Müllverbrennungsanlagen, 15 Kompostierungsanlagen, 118 Umladestationen und 4 Sammelstellen für Gewerbeabfälle. Die öffentliche Abfallbeseitigung kostete den Staat 1982 rd. 3 Mrd. DM.

Wasser — bald ein knappes Gut?

1981 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 41 Mrd. m³ Wasser zur Trinkwassernutzung, für die industrielle Fertigung und die Elektrizitätserzeugung sowie für landwirtschaftliche Zwecke gewonnen, eine Menge, mit der man fast den Bodensee füllen könnte. 83 % des Wassers stammten aus Flüssen, Seen und Talsperren, die restlichen 17 % waren Grund- und Quellwasser. Die mit Abstand größten Wasserverbraucher sind die Wärmekraftwerke der öffentlichen Versorgung, die 1981 rd. 25 Mrd. m³ hauptsächlich als Kühlwasser einsetzten, Industrie und Gewerbe benötigten 10 Mrd. m³. Bei den privaten Haushalten ist der Wassereinsatz in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und erreichte 1981 3,5 Mrd. m³. Pro Haushalt (einschließlich Kleingewerbe) errechnet sich daraus ein Tagesbedarf von ca. 380 l.

1981 fielen insgesamt 40,7 Mrd. m³ Abwasser an. Davon stammten 76 % aus Kühlprozessen, 5 % waren produktionsspezifische Abwasser. Fast ein Viertel der

Abwasser wurden mechanisch bzw. biologisch gereinigt, gut drei Viertel — überwiegend Kühlwasser — flossen unbehandelt ab.

Die in den privaten Haushalten entstehenden Abwasser werden größtenteils in die öffentliche Kanalisation eingeleitet. Inzwischen sind rd. 90 % der Bevölkerung an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen. Das hier gesammelte Abwasser (1981: 7,8 Mrd. m³ von Haushalten und Betrieben, einschließlich Regenwasser) wurde zu 96 % in Kläranlagen behandelt. Die öffentliche Hand wendete 1982 rd. 8 Mrd. DM für Abwasserbeseitigung auf.